



Vorstandsbericht	3
Einzelberichte	8
Finanzen und Mitglieder	23
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	25
Geschäftsstelle	27
Zeittafel	28
Anhang	29

IMPRESSUM

Transparency International Deutschland e.V.

Alte Schönhauser Straße 44

10119 Berlin

Tel: 030-54 98 98 0

Fax: 030-54 98 98 22

office@transparency.de

www.transparency.de

Satz und Layout:

FÜNF FREUNDE

www.fuenffreunde.de

ISBN 978-3-9812154-1-0

Fotonachweis:

Titelseite: Fotolia

Seite 7: Michael Fahrig, Dresdner Bank AG

Innenteil: Soweit nicht anders angegeben,
Transparency International Deutschland e.V.

Satz und Layout:

FÜNF FREUNDE

www.fuenffreunde.de

1. VORSTANDSBERICHT



Sylvia Schenk wurde am 20. Oktober 2007 zur neuen Vorsitzenden von Transparency Deutschland gewählt.

Die Debatte über Korruption in Deutschland im Jahr 2007 war im Wesentlichen geprägt durch den Siemensskandal, der Ende 2006 begonnen hatte und in den Monaten darauf weitere Enthüllungen über die Ausmaße der Vorwürfe sowie persönliche Konsequenzen im Siemenskonzern zur Folge hatte. Im Jahr des 10-jährigen Jubiläums der OECD-Konvention zur „Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr“ wurde somit deutlich, dass allein durch Strafgesetze jahrzehntelange Praktiken und das dahinter stehende Denken nicht beseitigt werden können. Was vor 10 Jahren noch als „nützliche Aufwendungen“ von der Steuer absetzbar war, gilt in Wirtschaftskreisen z. T. bis heute als notwendiges Übel bzw. Kavaliersdelikt, wenn es um die Sicherung von Aufträgen im Ausland geht. Das Unwissen bei vielen Managern, insbesondere im Mittelstand, über die negativen Folgen von Auslandsbestechung in den betroffenen Ländern sowie die Risiken für das eigene Unternehmen, kommt auch in Befragungen zum Ausdruck. Die Aufklärungsarbeit von Transparency International ist daher weiterhin unverzichtbar. Nachdem in den Anfangsjahren seit der Gründung von Transparency 1993 national wie international der Kampf um Abkommen und gesetzgeberische Maßnahmen im Vordergrund stand, rückt jetzt die Überzeugungsarbeit im Kleinen und die Vermittlung konkreter Handlungsoptionen an alle Beteiligten in den Mittelpunkt.

Dabei hat der Siemens-Skandal auch dazu geführt, dass Sensibilität und Handlungsbereitschaft zugenommen haben. Zumindest oberhalb der mittelständischen Wirtschaft ist Compliance das Thema der Stunde, eine Vielzahl von Konferenzen hierzu und entsprechende Weiterbildungsangebote machen dies deutlich. Die 2007 erfolgte Bildung des „Netzwerk Compliance“ mit rund 400 Teilnehmern unterstreicht das gewaltige Bedürfnis nach Erfahrungsaustausch. Das Klima für die weitere Arbeit von Transparency ist also günstig und es gilt dies entsprechend zu nutzen.

Wie aus den Berichten der Arbeitsgruppen und Regionalgruppen für das abgelaufene Jahr deutlich wird, hat Transparency in einer Vielzahl von Veranstaltungen,

Diskussionsbeiträgen, Stellungnahmen und Pressemeldungen zu den verschiedensten inhaltlichen Feldern und Ebenen Position bezogen. An über 100 Veranstaltungen nahmen Vertreterinnen und Vertreter von Transparency Deutschland teil, allein das Vorstandsmitglied Caspar von Hauenschild war 18 Mal mit Vorträgen oder auf Podien insbesondere der Wirtschaft vertreten und hat wichtige Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit geleistet.

Entscheidend ist, immer wieder auf Folgendes hinzuweisen:

- Mittel- und langfristige wirtschaftliche Erfolge sind nur in stabilen Märkten möglich, es ist ein ureigenstes Interesse der Wirtschaft Korruption abzubauen und einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen.
- Es gibt genug positive Beispiele von Unternehmen, die auch in Ländern auf den hinteren Plätzen des Corruption Perception Index („CPI“) auf saubere Art und Weise Aufträge erhalten haben. Die Botschaft lautet „Es geht auch anders!“, sie wird ergänzt durch die zunehmende Zahl von Firmen, die Antikorruption im Sinne von Compliance inzwischen sogar als Wettbewerbsvorteil sehen und gezielt beim Marketing einsetzen.



Für seine Verdienste in der internationalen und nationalen Korruptionsbekämpfung erhielt Dr. Michael Wiehen, der ehemalige Vorsitzende von Transparency Deutschland (1998-2001) am 17. Dezember 2007 das Bundesverdienstkreuz am Bande.

Deutschland als Exportweltmeister hat eine besondere Verpflichtung, im Kampf gegen die weltweite Korruption mit gutem Beispiel voran zu gehen und so auch einen Beitrag zur Bekämpfung der Korruption in anderen Ländern zu leisten. Korruption ist die Ursache für viele globale Probleme – von überbelegten Großinvestitionen über kriegerische Auseinandersetzungen, Hunger und Elend bis zu den alle Nationen betreffenden Umweltproblemen. Als im Sommer 2007 verheerende Brände in Griechenland herrschten und die örtlichen Behörden offensichtlich überfordert waren, effektive Gegenmaßnahmen zu ergreifen, wurde auch in Deutschland über Korruption als Hintergrund für viele Unzulänglichkeiten in diesem EU-Mitgliedsstaat diskutiert; Transparency Deutschland

war als Interviewpartner hierzu gefragt. Allein dieser Fall zeigt, wie wichtig eine konsequente deutsche Haltung gegenüber jeder Art von Korruption ist – nur so kann wirksam zur Beseitigung von Missständen in der Welt beigetragen werden.

Mit der Aufarbeitung der Vorgänge bei VW beschäftigten sich 2007 die Strafgerichte. Auch dies schlug nochmals hohe Wellen – insbesondere im Ausland haben die Fälle VW und Siemens das Bild von den korrekten Deutschen mit ihren preußischen Tugenden erheblich erschüttert. Dies konnte Transparency bei Anfragen ausländischer Journalisten immer wieder feststellen.

Gründe genug also, die Verantwortlichen in der Politik zu verschärften und effektiven Maßnahmen bei der Korruptionsbekämpfung anzuhalten. Aber gerade dort ist nach wie vor ein erhebliches Defizit hinsichtlich der Transparenz festzustellen. Es fehlt weitgehend am Bewusstsein für die Vorbildfunktion von Politik für die Wirtschaft und weitere gesellschaftliche Bereiche – Demokratie verlangt Transparenz als Voraussetzung für das Funktionieren des öffentlichen Diskurses.

Vielfältige Verflechtungen bis hin zu Verfilzungen von Politik und Wirtschaft führen zu einem negativen Bild in der Öffentlichkeit – Transparency reagiert darauf mit der Forderung nach Karenzzeiten für ausscheidende Regierungsmitglieder, einem Lobbyistenregister und klaren Regelungen für die Beschäftigung externer Arbeitnehmer in den Ministerien und Behörden von Bund und Ländern.

Ein Schwerpunkt im Bereich Politik war im vergangenen Jahr die Diskussion um Verhaltensregeln betreffend Nebentätigkeiten von Bundestagsabgeordneten, die von Transparency intensiv begleitet wurde. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 04.07.2007 hat – wenn auch mit der knappen „Mehrheit“ von 4 zu 4 – die Bestimmungen des Abgeordnetengesetzes und der Verhaltensregeln bestätigt. Allerdings bedürfen die Ausführungsbestimmungen noch erheblicher Nachbesserung, um wirkliche Transparenz zu erreichen und ein Unterlaufen der Regelungen zu verhindern.

Eine Grauzone politischen Handelns bilden die unter dem Stichwort „Lustreisen“ bekannt gewordenen Vorgänge: Rund 1.300 Ermittlungsverfahren, vornehmlich gegen kommunale Mandatsträger, beschäftigen sich mit Reisen z. B. auf Einladung kommunaler Versorgungsunternehmen. Charakteristisch bei solchen Einladungen ist meist ein verschwindend geringer Anteil von Informationsgehalt gegenüber einem üppigen Sightseeing-Programm. Hier gibt es dringenden Regelungsbedarf, damit einerseits Informationsreisen weiter möglich bleiben und nicht gleich einem Verdacht ausgesetzt werden, anderer-

seits aber eindeutige Grenzen gezogen sind und die Betroffenen selber einen klaren Maßstab für den Umgang mit Interessenkonflikten haben.

Neu ins Blickfeld gerückt ist in den vergangenen Jahren auch das Thema Sponsoring im Zusammenhang mit öffentlichen Dienstleistungen. Nach Baden-Württemberg 2006 hat 2007 nun Rheinland-Pfalz eine Änderung der Gemeindeordnung zur Frage des Umgangs mit Spenden, Schenkungen und Sponsoring im kommunalen Bereich initiiert. Transparency Deutschland war im Mai 2007 bei einer Anhörung dazu im Landtag Rheinland-Pfalz vertreten, Ende des Jahres wurde das Gesetz verabschiedet. Es ist zu hoffen, dass die anderen Bundesländer ebenfalls entsprechende Regelungen in die Wege leiten.

Ein besonderes Ärgernis bleibt die fehlende Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption durch Deutschland. Ein Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Verschärfung der Korruptionsbekämpfung wird voraussichtlich alle anderen Voraussetzungen für die Ratifizierung der UN-Konvention (und einiger anderer internationaler Vereinbarungen) schaffen – mit Ausnahme der erforderlichen Neuregelung der Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung (§ 108e StGB). Nach wie vor konnten sich die im Bundestag vertretenen Parteien nicht auf eine Lösung zu diesem Punkt einigen. Zu begrüßen ist, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hierzu einen Entwurf in den Bundestag eingebracht hat, insbesondere die Koalitionsfraktionen sollten nunmehr dringend aktiv werden. Die öffentlich diskutierten Skandale in der Wirtschaft, unzulänglicher Umgang mit Interessenkonflikten in der Politik und die mangelnde Umsetzung internationaler Vorgaben haben in der Bevölkerung zu einer ausgesprochen skeptischen Haltung gegenüber der Bereitschaft und Fähigkeit Deutschlands, gegen Korruption vorzugehen, geführt. Dies wurde beim jährlichen Global Corruption Barometer deutlich, das Anfang Dezember 2007 gemeinsam mit der internationalen Vorsitzenden Huguette Labelle in Berlin national und international vorgestellt wurde. 69 % der Deutschen gehen davon aus, dass in den nächsten 3 Jahren die Korruption zunehmen wird, sogar 77 % der Bevölkerung schätzen die Bemühungen der Regierung Korruption zu bekämpfen als ineffektiv ein. Mit der Kombination dieser beiden Werte ist der Pessimismus in Deutschland im weltweiten Vergleich konkurrenzlos groß – ein Grund mehr, dass insbesondere die Politik klare Signale setzt. Die Schlussklärung des G8 Gipfels unter deutscher Führung in Heiligendamm im Juli 2007 hat die Bedeutung der internationalen Bekämpfung von Korruption deutlich unterstrichen – ein wichtiges Symbol hierzu von deutscher Seite wäre die baldige Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption!

Um das Bewusstsein für die Schädlichkeit von Korruption zu schärfen und aufzuzeigen, dass Käuflichkeit oft mit kleinen Gefälligkeiten beginnt, muss auch der dritte Sektor mehr als bisher in Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung einbezogen werden. Der Beirat von Transparency International Deutschland mit Repräsentanten aus karitativen Verbänden, kirchlichen Institutionen, Gewerkschaften, Wissenschaft und Stiftungen hat bei seiner Sitzung im Oktober 2007 eine entsprechende Debatte begonnen und beschlossen, hier für die Zukunft einen Schwerpunkt zu setzen. Entscheidend geht es darum zu analysieren, was in der Gesellschaft überhaupt als „Korruption“ wahrgenommen und wie mit Interessenkonflikten außerhalb von Politik und Privatwirtschaft umgegangen wird. Die Bedeutung dieser Fragestellung, insbesondere aber auch die erhöhten Anforderungen an Transparenz bei jeglicher Art von Institutionen wurden dann ab Ende 2007 in den Diskussionen um die Spendensammelpraxis von UNICEF Deutschland offensichtlich. Hier steht die Arbeit von Transparency noch am Anfang, auch wenn durch Initiativen aus den jeweiligen Institutionen heraus z.B. mit der Verabschiedung eines Arbeitspapiers zur Korruptionsprävention in der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit im Sommer 2007 und dem Kontakt zum Deutschen Olympischen Sportbund erste Schritte bereits gemacht wurden. Transparency Deutschland wird alles daran setzen, sich für die unterschiedlichen Institutionen im Bereich des dritten Sektors als wichtiger Ansprechpartner für Transparenz, Integrität und Korruptionsbekämpfung zu bewähren.

Mit der Gründung eines wissenschaftlichen Arbeitskreises im November 2007, bestehend aus Korruptionsexperten unterschiedlicher Disziplinen, soll die Kompetenz von Transparency Deutschland durch ein Netzwerk an wissenschaftlichen Fachpartnern fundiert und erweitert werden.

Unabhängig von den großen Linien im Antikorruptionskampf war Transparency Deutschland auch 2007 wieder gefragter Partner in den Medien sowie von Behörden und Ministerien. Unter anderem wurde durch unseren Experten Dr. Joachim Kaetzler eine Stellungnahme zur geplanten Änderung des Geldwäschegesetzes gegenüber den zuständigen Ministerien abgegeben.



Im Oktober 2007 fand das Annual Membership Meeting von Transparency International auf Bali in Indonesien statt.

Auf internationaler Ebene war Transparency Deutschland aktiv beim Europatreffen in Baku im Mai/Juni und dann im Oktober beim Annual Membership Meeting auf Bali vertreten. Mit Prof. Dr. Hansjörg Elshorst als Senior Advisor for Poverty and Development von Transparency International und Sylvia Schenk als Senior Advisor for Sport konnten weitere Deutsche in die internationale Verantwortung eingebunden werden.

Die intensive Arbeit von Transparency Deutschland 2007 wurde von einem kleinen hauptamtlichen Stab in der Geschäftsstelle und einer großen Zahl ehrenamtlich Engagierter geleistet. Dabei zeigte sich Transparency Deutschland als eine Organisation im Umbruch, gekennzeichnet durch kompletten Austausch der hauptamtlichen Kräfte in der Geschäftsstelle innerhalb von 12 Monaten, die Neuwahlen des Vorstandes mit einer Neubesetzung der Hälfte der Plätze sowie einem beginnenden Generationenwechsel und der intensiven Diskussion über künftige Strukturen der Arbeit. Dass neue Wege beschritten werden müssen, ist abzulesen insbesondere an der Neugründung von drei Regionalgruppen (Ostwestfalen-Lippe, Bremen, Ruhrgebiet) und dem Wunsch der Regionalgruppen nach größerer Eigenständigkeit innerhalb der Gesamtorganisation. Das Führungskreistreffen in Eisenach im Frühjahr 2007 machte die Notwendigkeit einer stärkeren Vernetzung der einzelnen Regionalgruppen und Arbeitsgruppen untereinander sowie weiterer Professionalisierung deutlich. Eine wachsende Organisation wie Transparency Deutschland, die steigenden und sich ausdifferenzierenden Anforderungen in der Öffentlichkeit ausgesetzt ist, muss von Zeit zu Zeit auch die eigene Strategie, Struktur und Arbeitsweise überdenken und neuen Notwendigkeiten anpassen. 2007 wurde deshalb eine Strategiedebatte angestoßen, die auf der Grundlage der bisher von Transparency Deutschland erzielten Erfolge die Weichen für die Zukunft stellen soll. Dabei geht es nicht um eine Abkehr vom Bisherigen, vielmehr soll auf der Grundlage der bewährten Maßnahmen in einem transparenten Prozess unter Einbindung möglichst vieler engagierter Mitglieder darüber nachgedacht werden, wie das Profil weiter geschärft wird und in Zukunft mit den vorhandenen Ressourcen effektiv die gesteckten Ziele erreichen werden können.

Ein wichtiger Anstoß war 2007 die Beteiligung am Bruttosozialpreis, bei dem 10 Teams von Studierenden verschiedener Fachrichtungen mit einem Blick von außen für Transparency Deutschland eine Werbekampagne entworfen haben. Die hervorragenden Arbeiten haben wichtige Einsichten über das Bild von Transparency Deutschland vermittelt. Die Auswertung der Ergebnisse wird in die Strategiedebatte einfließen und soll auch zu einer neuen Werbekampagne bzw. einem entsprechenden Außenauftritt von Transparency Deutschland führen.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des jährlichen Führungskreistreffens in Eisenach im April 2007.

Der Vorschlag vom internationalen Sekretariat, die bisher geltenden internen Restriktionen bei der Annahme von bezahlter Beratertätigkeit in Sachen Korruptionsbekämpfung deutlich zu minimieren, löste eine heftige Strategie-Debatte aus. Dabei sprach sich Transparency Deutschland eindeutig gegen die Annahme von bezahlter Beratertätigkeit aus, da dies zu Interessenkonflikten führe, den Status als gemeinnützige Advocacy NGO in Frage stelle und auf Grund mangelnder Qualität leicht den guten Ruf von Transparency gefährden könne. Dennoch muss Transparency Deutschland sich dem Boom einer regelrechten Anti-Korruptions-Industrie stellen, die im Zuge der Siemens Affäre entstanden ist. Um aktiver Teil dieser Entwicklung zu bleiben und nicht am Rande zu stehen, wird es zukünftig noch wichtiger sein als bisher, sich mit den entsprechenden Organisationen und Institutionen zu vernetzen – von ihnen zu lernen und unsere Expertise einzubringen.

Ausgehend von der Debatte des Führungskreistreffens in Eisenach wurde dem Capacity Building innerhalb von Transparency größere Bedeutung beigemessen. Materialien wie ein Papier zu „Frequently Asked Questions“ wurden erarbeitet, ebenso ein Konzept

für die Durchführung von Neumitgliederseminaren durch die Regionalgruppen. Auf positive Resonanz stieß die erstmals bei der Mitgliederversammlung 2007 durchgeführte Vorstellung der Arbeitsgruppen, um so möglichst vielen Mitgliedern - und wechselseitig den Arbeitsgruppen - einen Einblick in die jeweilige Arbeit zu geben.

Insgesamt ist der Austausch insbesondere zwischen den Regionalgruppen verstärkt worden, zudem wurde unter der Leitung von Martin Eggers ein Papier mit Vorschlägen für die Arbeit von Regionalgruppen entworfen. Damit soll insbesondere bei der Gründung neuer Regionalgruppen der Einstieg erleichtert, aber auch bisher schon tätigen Regionalgruppen Hilfestellung für mögliche Maßnahmen gegeben werden.

Mit dem Abschied des langjährigen Vorsitzenden Professor Dr. Hansjörg Elshorst bei der Mitgliederversammlung im Oktober 2007 und dem gleichzeitigen Ausscheiden von Dr. Michael Wiehen aus dem Vorstand haben zwei der „Gründungsväter“ von Transparency auf nationaler und internationaler Ebene sich in die zweite Reihe zurückgezogen. Als Beiratsvorsitzender (Prof. Dr. Hansjörg Elshorst) und



Ethikbeauftragter (Dr. Michael Wiehen) bleiben beide mit Rat und Tat dem neuen Vorstand erhalten. Die Wahl von sechs neuen Mitgliedern in den nunmehr 12-köpfigen Vorstand signalisiert jedoch, dass der Generationenwechsel begonnen hat.

Angesichts der eingangs dieses Berichtes skizzierten Aufgaben bleibt auch für kommende Generationen innerhalb von Transparency International Deutschland noch genug zu tun – der Dank gilt denjenigen, die in den vergangenen 15 Jahren die Organisation ins Leben gerufen und zu einem beachteten Gesprächspartner für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf nationaler und internationaler Ebene entwickelt haben. Jetzt kommt es darauf an, mit einer den aktuellen Bedürfnissen angepassten Strategie die gesetzten Ziele weiterhin konsequent zu verfolgen und im Kampf gegen die Korruption nicht locker zu lassen.

Der Vorstand

Am 20. Oktober 2007 wurde der langjährige Vorsitzende Prof. Dr. Hansjörg Elshorst verabschiedet.

Moderator und Teilnehmende der Podiumsdiskussion im Rahmen des Bruttosozialpreises in Berlin im Eugen-Gutmann-Haus der Dresdner Bank AG am 9. Dezember 2007: Dr. Hajo Schumacher, Journalist; Omid Nouripour, MdB; Dr. Natascha Zowislo-Grünewald, Hochschuldozentin; Sylvia Schenk, Vorsitzende Transparency Deutschland; Lars-Christian Cords, Partner fischerAppelt



2. Einzelberichte

AG Entwicklungszusammenarbeit

Die AG möchte einen Beitrag dazu leisten, dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und die deutschen Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit wie KfW und GTZ sowie längerfristig auch die multilateralen Institutionen mit deutscher Beteiligung ihre Korruptionsprävention weiter verbessern.

Als Ergebnis von fünf Sitzungen der AG - davon einmal in Göttingen und viermal in Berlin - wurde im vergangenen Jahr vor allem das Papier „Empfehlungen und Anregungen an das BMZ zur weiteren Verbesserung der Korruptionsprävention“ erarbeitet (im Mitgliederbereich nachzulesen). Grundlage dieser Dokumentation mit 17 konkreten Hinweisen und Anregungen waren u.a. eine Internetrecherche der AG, Gespräche/Kontakte mit dem BMZ und vergleichende Analysen mit anderen Geber-Organisationen wie z. B. dem britischen ‚Department for International Finance and Development‘ (DFID). Das Diskussionspapier „Poverty, Aid and Corruption“ des internationalen Sekretariats, das im August 2007 veröffentlicht wurde, konnte ebenfalls im Hinblick auf entsprechende Empfehlungen ausgewertet werden. Mit Schreiben vom 10. Oktober 2007 wurden die Empfehlungen dem BMZ zugeleitet, das sich in seiner Antwort im Dezember 2007 zu Gesprächen nach interner Auswertung bereit erklärte.

An den AG-Sitzungen nehmen unter der Leitung von Uwe Henrich regelmäßig 7 bis 12 Mitglieder teil.

Uwe Henrich

AG Gesundheitswesen

Die AG Gesundheit entwickelte zum Jahresende 2006 eine detaillierte Liste der Vorfälle, die eine weitere Mitgliedschaft der Firma Schering bei Transparency Deutschland unerwünscht erscheinen ließ. Dieses Papier wurde auf der Vorstandssitzung am 22.01.2007 in Berlin ausführlich diskutiert. Die Frage erübrigte sich im laufenden Jahr, da die Firma Bayer Schering gekauft hatte und Schering als Mitglied bei Transparency ausschied.

Am 30. Januar 2007 war Transparency Deutschland zu einem Kongress von IIR in Frankfurt eingeladen. Der Vortrag „Gesundheitsreform: Korruptionsbekämpfung Fehlanzeige“ wurde von Frau Bojunga gehalten.

Am 31. Januar 2007 veranstaltete die AG Gesundheit in Zusammenarbeit mit der Techniker Krankenkasse

Hamburg einen Workshop zum Thema „Selbsthilfe in der Umklammerung von Interessengruppen?“ Einladungen waren Vertreter der Selbsthilfegruppen. Der einleitende Vortrag wurde von Frau Martiny gehalten.

Die AG Gesundheit tagte am 2. März 2007 in Köln mit den Schwerpunktthemen: Verhinderung einer neuen Zulassungsbehörde DAMA und Durchleuchtung der Aufsichtsbehörden in den einzelnen Bundesländern. Zu ersterem Thema war Prof. Sawicki, Leiter des IQWiG eingeladen. Nicht zuletzt durch den Einsatz von Prof. Schönhöfer und Frau Martiny konnte in Zusammenarbeit mit verschiedenen Politikern das DAMA Gesetz gekippt werden.



Vorstandsmitglied Dr. Anke Martiny und Dr. Angela Spelsberg von der AG Gesundheitswesen präsentieren Transparency auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag im Juni 2007.

Am 11. Juni 2007 traf sich die AG Gesundheit in Frankfurt zu ihrer zweiten Sitzung des Jahres. Der Nachmittag war ausschließlich dem Thema „Wie stehen die Länderaufsicht und die öffentlich rechtlichen Körperschaften zueinander?“ Als Teilnehmer an dem Workshop kamen neben den AG-Mitgliedern Ebner, Gneist, Skorzcyk und Mayer auch Herr Gassner, Vertreter des Bayrischen Sozialministeriums und Herr Hoffmann, Justiziar der KV Hessen, zu Wort.

Im Rahmen der Jahreshauptversammlung in Berlin traf sich die AG Gesundheit am 19. Oktober 2007 zu einer Sitzung. Die anstehende Vorstandswahl und die Projektplanung für 2008 waren die Kernthemen der Sitzung. Außerdem waren als Gäste zwei Ärzte einer Klinik eingeladen, die über Unregelmäßigkeiten in der Arzneimittelbelieferung der onkologischen Ambulanz berichteten.

Am 6. Dezember 2007 stellte die AG Gesundheit von Transparency Österreich ihren ersten Korruptionsbericht in Wien in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vor. Zur Unterstützung war Frau Bojunga dazu

eingeladen. Die Pressekonferenz war gut besucht und rief ein immenses Presseecho hervor.

Weiterhin hat es im Laufe des Jahres viele weitere Gespräche der einzelnen AG Mitglieder mit Politikern, Vertretern einzelner Interessengruppen und Verbündeten im Kampf gegen Korruption und Betrug im Gesundheitswesen gegeben.

Dr. Gabriele Bojunga



*Dr. Marion Schneider
Fördererin aus Frankfurt/Main
- Ärztin*

„Transparency Deutschland setzt sich gezielt für Korruptionsprävention im Gesundheitswesen ein. Ich stärke dieses Anliegen durch einen jährlichen Förderbeitrag.“

AG Internationale Konventionen

Im Juni 2007 wurde beschlossen, die bestehende „Ad hoc Arbeitsgruppe Progress Report on OECD Convention Enforcement“ in eine ständige Arbeitsgruppe „Internationale Konventionen zur Bekämpfung der Korruption“ umzuwandeln. Denn außer dem OECD Übereinkommen vom 17. Dezember 1997 zur Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr, in Deutschland in Kraft gesetzt durch das IntBestG am 15. Februar 1999, gibt es unter anderem noch die United Nations Convention against Corruption (UNCAC), von der Generalversammlung der UN am 31. Oktober 2003 angenommen, im Dezember 2003 von Deutschland unterzeichnet, aber bisher noch nicht ratifiziert, und die Strafrechtskonvention des Europarates gegen die Korruption vom 27. Januar 1999, von Deutschland bisher nicht ratifiziert, deren Umsetzung durch eine Arbeitsgruppe GRECO (Group of States against Corruption), an der Deutschland beteiligt ist, weiterverfolgt wird.

Die AG (Dr. Max Dehmel, Carel Mohn) hat am 5. April 2007 an das internationale Sekretariat den „TI Progress Report 2007 on OECD Convention Enforcement“ übermittelt. Der Inhalt dieses Berichtes über Deutschland ist in den von Transparency International am 18. August 2007 veröffentlichten allgemeinen Fortschrittsbericht übernommen worden. Transparency Deutschland hat diese Veröffentlichung mit

dem Kommentar begleitet: „Deutsche Strafverfolgung bei Auslandsbestechung defizitär, aber besser als im Vorjahr.“

Am 14. November 2007 hat die AG sich in einem Brief an Staatssekretär Diwell, Bundesministerium für Justiz, für die Unterstützung der Resolution von Transparency International bei der aus Anlass des zehnjährigen Bestehens des OECD Übereinkommens am 20./21. November 2007 in Rom stattfindenden Anti Bribery Conference eingesetzt.

Mit der UN-Konvention gegen Korruption (UNCAC) hat sich die AG im vergangenen Jahr mehrmals befasst. Mitglieder der AG (Dr. Sebastian Wolf) haben für das internationale Sekretariat eine Checkliste ausgefüllt, welche sehr detailliert die Umsetzung der Konvention auf nationaler Ebene abfragte. In vielen Bereichen ist die Situation in Deutschland bereits konventionskonform, an einigen Stellen müssen allerdings noch rechtliche und tatsächliche Verbesserungen vorgenommen werden.

Auf der Grundlage der Antworten verschiedener nationaler Chapter auf die Checkliste hat das internationale Sekretariat eine Vergleichsstudie für die zweite Konferenz der Vertragsstaaten der UN-Konvention erstellt.

Zwei Mitglieder der AG nahmen am 19.12.2007 an einer Ressortbesprechung im Bundesjustizministerium zur Vorbereitung der Vertragsstaatenkonferenz teil. Dort vertraten sie die Positionen von Transparency Deutschland, vor allem die Forderung, dass bald ein wirkungsvoller Monitoring-Mechanismus auf globaler Ebene geschaffen werden muss, um die Umsetzungschancen der UN-Konvention auf nationaler Ebene zu erhöhen.

Dr. Max Dehmel

AG Politik

Die Aktivitäten der Arbeitsgruppe haben sich im Jahr 2007 auf den parlamentarischen Bereich konzentriert. Dies betraf vor allem den Einsatz für die längst überfällige Reform des Strafrechtsparagrafen 108e zur Abgeordnetenbestechung. Diese ist notwendig, damit Deutschland die bereits 2003 unterzeichnete UN Konvention gegen Korruption endlich ratifizieren kann. Das erste Treffen der UN-Review-Group im August in Wien hatte Transparency Deutschland zum Anlass genommen, die politisch Verantwortlichen und Fraktionsvorsitzenden im Bundestag auf die Dringlichkeit der Reform und Ratifikation hinzuweisen. In Folge dessen fand ein Gespräch mit Olaf Scholz und Joachim Stünker von der SPD statt, in dessen Rahmen die beiden Politiker über den Stand der derzeitigen Reformbemühungen berichteten. Bereits zuvor war

die AG eingeladen worden, Stellung zum Gesetzesentwurf von Bündnis 90/Die Grünen zu nehmen, der im Oktober in den Bundestag eingebracht wurde. Damit schien erstmals Bewegung in die Diskussion zu kommen. Im Gespräch mit dem rechtspolitischen Sprecher der Fraktion, Jerzy Montag, machte die AG jedoch auch ihre Bedenken deutlich.

Mit dem Urteil des Bundesgerichtshofes vom Mai 2006, dass kommunale Amtsträger wie Mandatsträger zu behandeln seien, rückte die Beschäftigung mit dem Verpflichtungsgesetz in den Mittelpunkt der AG-Arbeit. Denn damit fallen kommunale Mandatsträger lediglich unter die Strafbarkeit des unzureichenden § 108e StGB. Die AG wollte zunächst prüfen, ob kommunale Mandatsträger nach dem Verpflichtungsgesetz zu verpflichten seien. Damit würden sie als Amtsträger gelten und bei korruptivem Verhalten den §§ 331-335 StGB unterliegen. Nach dem Grundgesetz verfügen jedoch auch kommunale Mandatsträger über ein freies Mandat und sind an Weisungen nicht gebunden. Das schließt die Möglichkeit aus, sie für ihre Tätigkeit in den kommunalen Parlamenten und zugehörigen Ausschüssen nach dem Verpflichtungsgesetz als Amtsträger zu behandeln. Die AG hat sich deshalb entschieden, diesen Weg nicht weiter zu verfolgen und ihre Aufmerksamkeit stattdessen verstärkt der Reform des § 108e StGB zu widmen.

Eine weitere gerichtliche Entscheidung prägte die Arbeit der AG. Am 4. Juli 2007 lehnte das Bundesverfassungsgericht die Klage von neun Bundestagsabgeordneten gegen die 2005 geänderten Veröffentlichungspflichten für Bundestagsabgeordnete ab. Nach 15 Monaten wurden die Nebeneinkünfte der Abgeordneten nun endlich veröffentlicht. Gemeinsam mit sechs weiteren Nichtregierungsorganisationen begrüßte Transparency Deutschland die Entscheidung des Gerichts; mögliche Interessenkonflikte müssen nun transparent gemacht werden. Doch die Diskussionen nach dem Urteil zeigen den weiteren Handlungsbedarf. Vor allem die bisherige Drei-Stufenregelung ist zu grob. Die Problemfelder wird die AG bei der Überarbeitung ihres Positionspapiers aufnehmen.

Anlass zur Stellungnahme von Seiten der AG gab auch die zunehmende Zahl von Beratern oder externen Mitarbeiter von Unternehmen in Ministerien. Dabei hat die AG deutlich gemacht, dass diese Zusammenarbeit nicht grundsätzlich zu verbieten sei. Kritikwürdig ist dagegen die in vielen Fällen fehlende Transparenz. Trotz unterschiedlicher Vorstellungen im Detail arbeitet die AG in diesem Bereich mit anderen Nichtregierungsorganisationen wie etwa Lobby-Control zusammen.

In einem Gesamtpapier hat die AG die Ergebnisse ihrer Arbeit in den bisherigen sechs Teilbereichen zusammengetragen. Es gibt einen Überblick über die Arbeit der AG in den vergangenen drei Jahren seit

ihrer Gründung und wird als lebendiges Papier, das neue Entwicklungen immer wieder aufnimmt, fortgeführt.

Marion Dzikowski

AG Kommunen

Nachdem im Jahr 2006 die konzeptionelle Grundlage der AG-Arbeit mit der Erstellung und Veröffentlichung der „Handreichung für ein kommunales Integritätssystem“ abgeschlossen werden konnte, zielte die Arbeit der AG im Jahr 2007 vor allem auf die Gewinnung von Koalitionspartnern und Multiplikatoren für unsere Positionen sowie die Verbreiterung der Arbeitsbasis durch aktive AG-Mitglieder.

Wesentliche Meilensteine in diesem Zusammenhang waren die Zusammenarbeit mit der Heinrich Böll-Stiftung, in deren Kommunalpolitischer Infothek (Webseite) unseren Positionspapieren ein besonderer Rang eingeräumt wurde sowie die Gewinnung der Bundesstadt Bonn als weiteres kommunales korporatives Mitglied bei Transparency Deutschland.

Unter inhaltlichen Gesichtspunkten sind besonders die Erstellung und Weiterentwicklung von Positionspapieren zu den Themen Ämterpatronage und Sponsoring zu erwähnen. Das AG-Papier zum kommunalen Sponsoring wurde auf einer der AG-Sitzungen konstruktiv diskutiert, um es dem Vorstand zur Beschlussfassung vorzulegen.

Darüber hinaus war die AG in vielen Veranstaltungen vertreten, u.a. – bereits traditionell – mehrfach im Seminar „Rechtsstaat gegen Korruption“ der Konrad-Adenauer-Stiftung, einem Seminar des Deutschen Instituts für Urbanistik und einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Regionalgruppe Rheinland in Bonn. Ein Mitglied der AG war besonders aktiv im Raum Dresden / Bannewitz, wo verschiedene Kommunen für die Belange der Korruptionsprävention sensibilisiert wurden. Weiterhin wurde der Pressepiegel kontinuierlich hinsichtlich kommunaler Fälle ausgewertet.

Besonders erfreulich ist, dass sich die „Personalstärke“ der aktiven AG-Mitglieder stabilisiert hat. An den zwei im Jahr 2007 durchgeführten AG-Treffen (eines davon beim korporativen Mitglied, der Stadt Hilden) nahmen jeweils etwa zehn Mitglieder teil. Dies erlaubte auch erstmals eine Arbeitsteilung unter den AG-Mitgliedern.

Werner Klinger

AG Transparenz in der Verwaltung/Informationsfreiheitsgesetz

Das Bundesinformationsfreiheitsgesetz (IFG) ist seit zwei Jahren in Kraft und wird nach der Statistik des Bundesministeriums des Innern per 31.12.2006 nur in geringem Maße genutzt. Die Arbeitsgruppe verfolgt die von den Medien aufgegriffenen Antragsablehnungen; betroffene Organisationen oder Einzelpersonen haben sich jedoch bisher kaum an Transparency Deutschland gewandt.

Die Arbeitsgruppe stärkt weiterhin alle Bemühungen, Informationsfreiheitsgesetze in den noch fehlenden Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Sachsen-Anhalt zu schaffen. Sie unterstützt darüberhinaus alle Bestrebungen, die neuen Informationsrechte im Bund sowie in den entsprechenden Ländern und Kommunen bekannter zu machen, damit sie von den Bürgerinnen und Bürgern stärker genutzt werden. Sie recherchiert gegenwärtig, inwieweit auf den Webseiten der Bundesministerien und der ihnen nachgeordneten Dienststellen (ebenso auf den Webseiten der Landesministerien) Hinweise auf die neuen Informationsrechte zu finden sind.

Dieter Hüsgen hat Transparency Deutschland Anfang des Jahres bei einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin zum Thema „Ein Jahr Informationsfreiheitsgesetz des Bundes“ vertreten und über „Entwicklungstendenzen der IFG in den Bundesländern“ referiert. Er hat außerdem im Mai eine Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Sachsen-Anhalt, in der Universität Halle mit dem Thema „Die gläserne Verwaltung - Datenschutz versus Informationsfreiheit“ moderiert.

Die Arbeitsgruppe und Norbert Wiencke aus Parchim haben sich im August an dem Kolloquium des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit in Schwerin „Ein Jahr Informationsfreiheit in Mecklenburg-Vorpommern: Erste Erfahrungen, Bilanz, Probleme, Lösungen“ beteiligt. Außerdem hat die Arbeitsgruppe Norbert Wiencke im November - leider erfolglos - dabei unterstützt, in Parchim das Inkrafttreten einer Gebührensatzung mit hohen, die Ausübung des Informationsrechtes behindernden Kosten abzuwenden.

In die Diskussionen um ein nunmehr auch von der Landesregierung Sachsen-Anhalt gefordertes Informationszugangsgesetz hat sich die Arbeitsgruppe Ende des Jahres mit einer schriftlichen Stellungnahme zu den Gesetzentwürfen und mit der Teilnahme zusammen mit Sieghard Weck aus Sandersdorf bei Bitterfeld an der Anhörung des Ausschusses für Recht und Verfassung des Landtages eingeschaltet und die unzureichenden Regelungen kritisiert.

Nachdem die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen in Hessen im August 2006 den Entwurf für ein „Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen“ in den Hessischen Landtag eingebracht und die SPD-Fraktion einen gleichlautenden Antrag gestellt hatten, formulierte Transparency Deutschland im Januar 2007 auf Einladung des Innenausschusses dazu eine schriftliche Stellungnahme, in der das Vorhaben begrüßt und der Gesetzestext positiv beurteilt wurde. Der Gesetzentwurf wurde im Mai 2007 in zweiter Lesung mit den Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

In Thüringen wurde Transparency Deutschland ebenfalls zur Stellungnahme eingeladen und hat im Zuge eines langwierigen Gesetzgebungsprozesses insgesamt drei Stellungnahmen abgegeben. Diese sprachen sich wiederholt und nachdrücklich gegen den Gesetzentwurf der CDU für ein Thüringer Informationsfreiheitsgesetz (ThürIFG) vom Juli 2007 aus (das im Wesentlichen auf den unzureichenden Regelungen des Informationsfreiheitsgesetzes des Bundes basiert) und für den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion (zuletzt in der Fassung vom September 2007). Bei der zweiten Beratung im Thüringer Landtag im Dezember 2007 zitierte der SPD-Abgeordnete Höhn in seiner Kritik am CDU-Entwurf wesentliche Passagen aus der Stellungnahme von Transparency Deutschland, was aber nichts daran ändern konnte, dass in der anschließenden Abstimmung der SPD-Entwurf abgelehnt und der CDU-Entwurf mit Stimmenmehrheit angenommen wurde.

In Rheinland-Pfalz hat die Deutsche Gesellschaft für Informationsfreiheit ein „Bündnis Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz“ ins Leben gerufen, das von Transparency Deutschland unterstützt wird. Hier wird zunächst versucht, den von der SPD-Landesregierung erarbeiteten, kritikwürdigen Entwurf für ein rheinland-pfälzisches „Landesgesetz zur Einführung des Rechts auf Informationszugang“ inhaltlich zu beeinflussen, bevor dieser 2008 in die parlamentarische Beratung gehen soll.

Ein Schwerpunkt der Aktivität liegt nach wie vor in dem unmöglich scheinenden Unterfangen, auch im Freistaat Bayern Informationsrechte für Bürger zu etablieren. Seit die bayerische Staatsregierung 2006 Vorstöße der Fraktionen von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen gestoppt und ein Landes-Informationsfreiheitsgesetz für Bayern abgelehnt hat, arbeitet das Bündnis „Informationsfreiheit für Bayern“ verstärkt daran, Städte und Gemeinden dafür zu gewinnen, kommunale Informationsfreiheits-Satzungen einzuführen. Das Bündnis wird wesentlich von Transparency Deutschland getragen. In rund dreißig Kommunen haben Stadt- und Gemeinderäte inzwischen Anträge gestellt. Diese wurden jedoch - zumeist mit Stimmenmehrheit der CSU, teilweise aber auch durch SPD und Grüne - abgelehnt bzw. die Entscheidung darüber wird hinausgezögert. Im Juli 2007 lehnte der Rat der

Landeshauptstadt München einen Antrag der ödp auf Verabschiedung einer Informationsfreiheits-Satzung ab. Dagegen sprach sich der Verwaltungsausschuss der Stadt Passau im September einstimmig für eine Informationsfreiheits-Satzung aus. Ein entsprechender Beschluss des Stadtrates verzögert sich jedoch, zuletzt weil die Regierung des Bezirks Niederbayern Einwände erhoben hat. Unterdessen sind in den Städten Nürnberg und Bayreuth (jeweils durch die Fraktionen von Bündnis 90 / Die Grünen) Informationsfreiheits-Satzungen beantragt worden. Dr. Heike Mayer wurde dabei als Vertreterin von Transparency Deutschland und des Bündnisses zu Pressekonferenzen eingeladen, die im Oktober und November stattfanden.

Der im Dezember 2007 erschienene „Rundbrief“ von Transparency Deutschland hatte den Themenschwerpunkt Informationsfreiheit und wurde von der AG Informationsfreiheit redaktionell betreut und inhaltlich gestaltet.

Dieter Hüsgen/Dr. Heike Mayer

AG Wirtschaft

Die AG Wirtschaft hat sich 2007 dreimal (Februar, Juli, Oktober) in Berlin getroffen. Durch Neueintritte hat sich die Anzahl der aktiven Mitglieder erhöht. Bis Oktober wurde die Gruppe noch kommissarisch durch Peter v. Blomberg geleitet. Am 21.10.2007 hat die Gruppe Dr. Andreas Novak zum Leiter und Susanne Langer zu seiner Stellvertreterin gewählt.



Gerson Heuwieser
Mitglied und Förderer aus
Schwaikheim - Consultant

„Korruption stellt eines der schwerwiegendsten Probleme in unserer Gesellschaft dar. Mit meiner Mitgliedschaft und meinem jährlichen Förderbeitrag tue ich etwas dagegen.“

Die Arbeitsweise der Gruppe ist unverändert. In der Gesamtgruppe werden das Arbeitsprogramm festgelegt, übergreifende Themen diskutiert, Aufträge an Kleingruppen beschlossen und Arbeitsergebnisse verabschiedet. Die Sacharbeit liegt in der Hand von Kleingruppen, die sich themenbezogen bilden, und von Einzelpersonen.

Folgende Arbeitsergebnisse wurden verabschiedet:

- Roadshow für Präsentationen in Unternehmen

- **Checkliste Self-Audits:** Das auf der Transparency-Website und als Druckstück verfügbare Papier dient dem Zweck, sich im Unternehmen durch kritische Selbstprüfung ein Bild über den aktuellen Stand der Korruptionsprävention zu machen und Ergänzungen/ Verbesserungen anzuregen. Die rd. 70 Kontrollfragen decken, ohne Berücksichtigung von Unternehmensgrößen oder Branchenzugehörigkeit, die fünf wesentlichen Unternehmensbereiche ab.
- **Kartellrechtsverstöße:** Das Papier untersucht ausführlich das Pro und Contra einer möglichen künftigen Beschäftigung von Transparency Deutschland mit Kartellverstößen, die bisher nicht als Korruptionsvorgänge betrachtet und behandelt wurden. Eine eindeutige Empfehlung kam in der Gruppe nicht zustande. Eine Entscheidung seitens des Vorstands steht noch aus.

Die Diskussionsthemen in der Gruppe waren:

- **Arbeitspapiere:** Eine ihrer Aufgaben sieht die Gruppe in der Erstellung von Arbeitspapieren, in denen die Position von Transparency Deutschland zu korruptionsrelevanten Einzelthemen formuliert und öffentlich gemacht wird. Für diese „Onepager“ liegen einige Entwürfe vor (z.B. „Schäden durch Korruption“, „Zivilrechtliche Sanktionen“), deren Darstellungsform noch nicht abschließend diskutiert ist. Ein weiteres Beispiel ist das seit einigen Jahren vorliegende „ABC der Korruptionsprävention“, das redaktionell überarbeitet werden muss; in welcher Form das geschehen soll – z.B. als Wiki-basiertes Glossar – ist noch in der Prüfung.
- **Korporative Mitglieder:** Dieses Thema ist unter verschiedenen Aspekten debattiert worden. Neben der ausführlichen Diskussion aktueller Vorgänge (Siemens u.a.) ging es besonders um die Aufnahmekriterien für interessierte Firmen und um den Umgang mit vorhandenen Mitgliedern. Eine Kleingruppe hat sich mit einem Modellverfahren befasst, dessen Ziel es ist, durch verstärkte Unterstützungsangebote mehr Unternehmen (insbesondere KMU) für eine Mitgliedschaft zu interessieren und dafür eine Art beiderseitige „Probezeit“ vorzusehen. Eine abschließende Bewertung steht noch aus. Konsens besteht darüber, dass die Ansprache mittelständischer Unternehmen verbessert werden muss. Der Siemens-Fall hat den Vorstand veranlasst, die aktuellen Aufnahmekriterien für korporative Mitglieder zu überprüfen und zu konkretisieren. Eine Kleingruppe unter Federführung von Herrn Schwager hat diese Aufgabe übernommen. Ein erster Entwurf liegt vor.
- Weiterhin nahmen besonderen Raum in den Gruppendiskussionen ansonsten Themen wie Auslandsbestechung, Corporate Governance Kodex, G8, Netzwerk Compliance, Siemens u.a. ein.

Dr. Peter von Blomberg

AG Berliner Verwaltung und Politik

Der Berliner Senat hat ein umfangreiches Paket an Gesetzen, Richtlinien und Vorschriften zur Korruptionsbekämpfung geschaffen. Diese Maßnahmen sind auf der Sonderseite Berlin der Homepage von Transparency Deutschland dokumentiert.

Die Richtlinie zur Korruptionsprävention, die für die Berliner Hauptverwaltungen und für die Bezirke gilt, haben wir als Maßstab genommen um zu überprüfen, inwieweit sie von den Behörden der Bezirke umgesetzt wird. Die AG hat dazu mit allen Antikorruptionsbeauftragten der 12 Bezirke ausführliche Gespräche geführt. Die Ergebnisse der Gespräche haben wir in einem Papier zusammengefasst, das wir an den Kreis der Bürgermeister, die Justizsenatorin, und an den Leiter der Zentralstelle Korruptionsbekämpfung geschickt haben. Die AG hat sich entschlossen mit den Ergebnissen der Gespräche nicht sofort an die Öffentlichkeit zu gehen, sondern zunächst zu versuchen, in direkten Gesprächen mit den verantwortlichen Spitzen Verbesserungen zu erreichen.

Die Gespräche haben gezeigt, dass es erhebliche Unterschiede und vor allem Mängel bei der Umsetzung gibt. Das Maß der Umsetzung und die Aufmerksamkeit, die der Korruptionsprävention in den Bezirken entgegengebracht wurde, ist im Wesentlichen das Ergebnis des politischen Willens der Parteien, der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

Die AG hat damit begonnen sich einen Überblick über die Verfahren der Bauleitplanung zu verschaffen, da hier ein weites intransparentes Graufeld zu liegen scheint, das zu korruptivem Verhalten gute Voraussetzungen bietet.

Jochen Bäumel

AG Corporate Accountability/Monitoring OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen

Die November 2005 gegründete Arbeitsgruppe Corporate Accountability hat in bewusst programmatischer Absicht den Begriff Corporate Accountability als ihren Namen. Ob in der prägnanten, aus der globalisierten Wirtschaftswelt stammenden englischen Begrifflichkeit oder in deren deutscher Übersetzung - die Rechenschaftspflicht der Unternehmen gegenüber Staat und Gesellschaft genießt wenig Akzeptanz. Ziel der Aktivitäten der AG Corporate Accountability ist es, einen Beitrag zur Verbreitung und Verfestigung einer gesellschaftlich verantwortungsvollen Unternehmenspraxis im Sinne einer verbindlichen, nachprüfaren Verhaltensmaxime zu leisten.

Corporate Social Responsibility (CSR) ist seit einigen Jahren gefragt und „in“. Bei den meisten CSR-Instru-

menten handelt es sich jedoch um freiwillige, von Wirtschaftsverbänden oder gar einzelnen Unternehmen entwickelte Verhaltenskodizes. Ihr praktischer Nutzen ist - freundlich ausgedrückt - unbekannt, da er keiner objektiven Kontrolle unterworfen ist. Nicht einmal der prestigeträchtige Global Compact verpflichtet seine Mitglieder zu mehr als einer regelmäßigen Berichterstattung über das eigene Wohlverhalten.

Eine Sonderstellung unter den freiwilligen Verhaltensstandards bilden die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen. Sie sind zwar - wie alle anderen an die soziale Verpflichtung von Konzernen appellierende Standards - für die Unternehmen freiwillig, also weder durch Gesetze noch durch Verwaltungshandeln einforderbar. Durch die verbindliche Übereinkunft aller OECD-Staaten, die Einhaltung der Leitsätze zu fördern und mittels eines institutionalisierten Beschwerdemechanismus eine kontrollierende zivilgesellschaftliche Begleitung zuzulassen, wurde eine Mischung aus Freiwilligkeit und Verbindlichkeit konstituiert, die allmählich zur Durchsetzung von Rechenschaftspflichten führen könnte. Die AG Corporate Accountability ist daher auch im Jahre 2007 dabei geblieben, die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen, weil sie diese als das derzeit geeignetste Instrument für die globale Verbreitung von Unternehmensverantwortung ansieht.

Ein bedeutendes Hemmnis zur Durchsetzung der Leitsätze bleibt die verbreitete Unkenntnis über deren Inhalt, Ziele und Verfahrensregelungen. Daher erscheint es sinnvoll, dem Jahresbericht über die AG-Aktivitäten und der Reflexion über deren Nutzen einen kurzen Abriss über die wesentlichen Merkmale der Leitsätze voranzustellen.

Die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen sind zur Zeit die weitestgehenden Verhaltensempfehlungen für globale Unternehmensverantwortung. Neben den inzwischen klassischen CSR-Standards wie Achtung der Menschenrechte, Arbeitsrechte und nachhaltiges Wirtschaften enthalten sie eine umfassende Palette von Empfehlungen zur direkten Vermeidung und Bekämpfung von Korruption sowie weitere für die Korruptionsprävention hilfreiche Regeln, wie die zur Offenlegung von Informationen, zu Wettbewerb und Besteuerung.

Was die OECD-Leitsätze mehr noch als ihr thematisch umfassender Ansatz von allen anderen Verhaltensempfehlungen unterscheidet, sind die Vereinbarungen, die die 30 OECD-Staaten und mittlerweile 10 weitere Länder in Bezug auf die Förderung der Leitsätze getroffen haben. Sie haben sich verpflichtet, als zentrale Instanzen für die Umsetzung ihrer Vereinbarungen Nationale Kontaktstellen (NKS) einzurichten, die für die Bekanntmachung und Verbreitung der Leitsätze sorgen und Beschwerdefälle bearbeiten

sollen. Verstößt ein Unternehmen gegen die Leitsätze, kann jede „interessierte Partei“ (in der Praxis vor allem Gewerkschaften und NGOs) bei der Kontaktstelle eine Beschwerde vorbringen. Die Kontaktstelle prüft die Beschwerde und leitet gegebenenfalls ein Vermittlungsverfahren ein. Kommt es zu keiner einvernehmlichen Lösung, soll die Kontaktstelle eine öffentliche Empfehlung zur Einhaltung der Leitsätze aussprechen.

Die Nationalen Kontaktstellen sind somit Förder- und Monitoring-Instrumentarium zugleich. Von ihrem Interesse und Engagement für die Zielsetzung der Leitsätze sowie ihrer Kompetenz und Glaubwürdigkeit als unabhängige Kontrollinstanzen hängen die Durchsetzungschancen der OECD-Leitsätze ab.

In Deutschland ist die Nationale Kontaktstelle beim Ministerium für Wirtschaft und Technologie in der Abteilung für Auslandsinvestitionen angesiedelt. Die Umsetzung der OECD-Leitsätze seit Jahren begleitenden NGOs halten umfassende Verbesserungen der Kontaktstellenarbeit für unabdingbar. Als Voraussetzung für eine Optimierung der NKS-Arbeit wird ihre Überführung in eine interministerielle Verantwortung angesehen. Da die NKS ja im Konfliktfall moderierend für den Interessenausgleich zwischen Wirtschaft und Gesellschaft sorgen soll, erscheint die alleinige Zuständigkeit des Wirtschaftsministeriums als problematisch; auch ist die Breite der in den Leitsätzen enthaltenen Materie von einem einzigen Ressort nicht angemessen zu behandeln. Nach wiederholten vergeblichen Versuchen, die NKS für konstruktive Gespräche über Verbesserungsvorschläge zu interessieren, haben wir entschieden, dem Beispiel von NGOs in anderen europäischen Ländern zu folgen und uns an das Parlament zu wenden.

Als Basis für die Mobilisierung parlamentarischer Unterstützung für eine Reform der deutschen NKS hat die AG gemeinsam mit einem Bündnis von 15 deutschen NGOs ein zwölfseitiges analytisches Papier über Struktur, Arbeitsweise und Ergebnisse der NKS erstellt und sie mit anderen europäischen NKS verglichen. Diese „Empfehlungen an den Deutschen Bundestag“ wurde an acht für die OECD-Leitsätze relevante Bundestagsausschüsse gesandt. Nach Ansicht des Bündnisses, so die zentrale Botschaft, sollte das Parlament eine aktivere Rolle bei der Durchsetzung der Leitsätze spielen und als erstes die Arbeit der Kontaktstelle unter die Lupe nehmen.

Seit Anfang 2007 werden Gespräche mit Bundestagsabgeordneten aller Parteien geführt mit dem Ziel, sie über die strukturellen und operativen Unzulänglichkeiten der NKS zu informieren und für deren Reform zu gewinnen. Zu ersten konkreten Ergebnissen führte das Gespräch mit Walter Riester (SPD), der in einer Rede im Bundestag auf die Bedeutung der Leitsätze hinwies und anschließend einen Beschluss der G8-

Arbeitsminister anregte, welcher wiederum maßgeblich zur Erwähnung der OECD-Leitsätze und der dafür zentralen Rolle der NKS in der Abschlusserklärung der G8 von Heiligendamm beitrug. Hierin verpflichteten sich die G8-Staaten unter anderem, die „OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen aktiv zu fördern“.

Ermutigend verliefen auch die Gespräche mit Herrn Heilbach (CDU), stellvertretender Vorsitzender des Menschenrechtsausschusses, der versprach, die Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der Leitsätze in einer der nächstmöglichen Ausschusssitzungen zu thematisieren, und der darüber hinaus Kontakte zu Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses vermittelte.

Für die praktische Umsetzung einer Reform der NKS hat die AG gemeinsam mit OECD Watch, einem weltweiten Netzwerk von über 70 zivilgesellschaftlichen Gruppierungen, einen „Model National Contact Point“ entwickelt. In einer Serie von Stakeholder-Workshops wurden „best practice“-Beispiele von Strukturen und Arbeitsweisen europäischer NKS zusammengetragen und deren Ergebnisse bewertet. Die so entstandene „Model-NKS“ ermöglicht eine Orientierung über erfolgreiche und weniger erfolgreiche Strukturen und Methoden und soll auch die Diskussion über die Reformierung der deutschen NKS voranbringen.

Parallel zu diesen Bemühungen um eine Verbesserung der Arbeit der deutschen NKS ließen wir in unseren Aktivitäten nicht nach, die real existierenden Möglichkeiten der OECD-Leitsätze für die Korruptionsbekämpfung zu nutzen.

Am 4. Juni 2007 reichte Transparency Deutschland beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie eine Beschwerde gegen 57 deutsche Unternehmen ein. Hierin wurde die NKS gebeten zu klären, ob die genannten Firmen die Empfehlungen der OECD-Leitsätze zur Bekämpfung von Korruption missachtet und ob sie Vorkehrungen zur Vermeidung von entsprechenden Verstößen getroffen hätten. Als Grundlage für den geäußerten Verdacht diente Transparency der Bericht der unabhängigen UNO-Untersuchungskommission zum „Öl für Lebensmittel“-Skandal. Demnach sollen die betreffenden Unternehmen insgesamt 11,9 Millionen US-Dollar Bestechungsgelder an den Irak gezahlt haben.

Transparency war bekannt, dass gegen einige der verdächtigten Unternehmen staatsanwaltschaftliche Ermittlungen liefen. Daher wiesen wir in unserer Beschwerde ausdrücklich darauf hin, dass es uns vor allem darum ginge, dass die NKS zur Vorbeugung gegen zukünftiges korruptes Verhaltens aktiv werde. Nach Klärung der Frage, ob die Leitsätze von den 57 Unternehmen missachtet wurden, sollte die NKS die Unternehmen über die umfassenden Verhaltensempfehlungen der Leitsätze in Bezug auf Vermeidung

von Bestechung und Korruption aufklären und mit ihnen entsprechende Maßnahmen vereinbaren, z. B. Managementsysteme gegen Korruption und Betrug einzurichten, ihre Mitarbeiter in Korruptionsvermeidungsstrategien zu schulen und ihre Vertragspartner sowie die Öffentlichkeit über ihre korruptionsvorbeugenden Geschäftspraktiken zu informieren.

Trotz der international eingegangenen Verpflichtung der Regierung, die Einhaltung der Leitsätze zu fördern, weigerte sich die NKS, tätig zu werden, und begründete dies mit dem Hinweis auf die laufenden strafrechtlichen Ermittlungen. Auch ein Appell an Bundeswirtschaftsminister Glos, die Ablehnung der Beschwerde zu überprüfen, ging ins Leere. Dabei blieb unbeachtet, dass Ermittlungen der Staatsanwaltschaft sich nur auf strafbare Handlungen in der Vergangenheit beziehen können, während die NKS auch die Aufgabe hat, auf die Verhinderung zukünftiger Korruption in den Unternehmen hinzuwirken.

Dennoch kann die Einreichung dieser Beschwerde als - wenn auch eingeschränkter - Erfolg gelten. Sie löste ein umfangreiches Medienecho aus und wurde als „Weltpremiere“ apostrophiert, da es das erste Mal war, dass eine Regierung aufgefordert wurde, die Korruptionsfälle im Rahmen des UNO-Programms „Öl für Lebensmittel“ als Verstoß gegen die OECD-Leitsätze zu untersuchen. Alle einschlägigen nationalen Medien berichteten über die Beschwerde von Transparency, z.T. mit detaillierten Informationen über die OECD-Leitsätze und über die für ihre Durchsetzung verantwortliche Nationale Kontaktstelle. Dabei waren kampagneartige Aufrufe wie „Es ist Zeit, dass man nicht nur über Empfehlungen, sondern auch über deren Umsetzung und über Kontrolle von Unternehmen spricht“, (Managermagazin) und Forderungen wie „Einem der weltgrößten Bestechungsfälle muss ein weltweit mustergültiges Verfahren zur Aufklärung folgen“ (Die Welt) keine Seltenheit. Nach Bekanntwerden der wenig überzeugend begründeten Ablehnung unserer Beschwerde regte sich zum ersten Mal in zwei einschlägigen Bundesministerien die Bereitschaft, unsere Empfehlungen für eine interministeriell organisierte NKS zu unterstützen.

So erfreulich die öffentliche Aufmerksamkeit war und dem Bekanntwerden der Leitsätze nützte, so brachte sie uns dem beabsichtigten Ziel doch nur marginal näher. Mit der spektakulären „Großbeschwerde“ wollten wir den Nutzen der OECD-Leitsätze als vielseitiges Instrument zur Bekämpfung von Korruption unter Beweis stellen. Erfahren haben wir stattdessen, dass in der Praxis die Leitsätze nur so gut sind wie der Willen der NKS, sie zu fördern. Daher gilt für uns nach wie vor der Vorsatz, eine möglichst breite gesellschaftliche Unterstützung für eine Reform der NKS aufzubauen.

Shirley van Buiren

AG Hinweisgeber

Seit Juli 2007 gibt es wieder eine sehr aktive AG – unter kommissarischer Leitung von Capar von Hauenschild. 10 „Mitmacher“ haben sich im Juli und Oktober getroffen und ein anspruchsvolles Programm verabschiedet:

Positionspapier für „Treiber“ von dem Thema „betrieblicher Hinweisgeberschutz“ wie Vorstand, Aufsichtsrat, Betriebsrat und Wirtschaftsprüfer

„Hinweise für Hinweisgeber“ – welche Fragen sollte der Hinweisgeber sich „vorher“ stellen!

Transparency Deutschland mit einer „Hinweisgeber-Hotline“ nach Schweizer Muster?

„Verlierer Forum“ für Unternehmen, die im Wettbewerb mit bestechenden Wettbewerbern immer wieder verlieren und eine „Klagemauer“ suchen?

Schnittstellen-Analyse des Themas Hinweisgeber mit anderen AGs

Caspar von Hauenschild

AG Integritätspakt

Schon 1995 hatte Transparency International den Integritätspakt als ein Instrument zur Vermeidung von Korruption bei größeren Investitionsprojekten entwickelt und gleich den Promotern des auf öffentlich-rechtlich/privater Basis geplanten neuen internationalen Großflughafens Berlin-Schönefeld empfohlen. Damals lachte man uns aus und zeigte sich „irritiert“, weil unser Angebot „unterstellte“, dass es bei diesem Prestigeprojekt Korruption geben könnte. In den darauf folgenden Jahren ereignete sich eine Unregelmäßigkeit nach der anderen, keine Entscheidung hatte Bestand, und 2004 entschlossen sich die drei Eigentümer – der Bund und die Länder Berlin und Brandenburg – zu einem radikalen Neuanfang, dieses Mal auf rein öffentlich-rechtlicher Basis.

Die Geschäftsführung der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH (FBS) wendete sich 2004 an Transparency Deutschland und bat um Hilfe bei ihrem Bemühen, die Durchführung des Projekts so korruptionsresistent zu machen wie möglich. Wir boten wiederum unser (fortentwickeltes) Integritätspakt-Modell an, das sich in der Zwischenzeit bei zahlreichen Projekten weltweit, insbesondere in Entwicklungsländern, bewährt hatte. Der Integritätsvertrag wurde auf Grund einer im Februar 2005 zwischen der FBS und Transparency Deutschland geschlossenen Vereinbarung fester Bestandteil bei Vergabeverfahren zur Auswahl von Lieferanten, Bauunternehmen, Planungs-, Ingenieur- und Beratungsbüros. Er gilt auch für die Dauer der Abwicklung der Aufträge. Das unter dem Integritätsvertrag vergebene Investitionsvolumen ab 2005 bis zur Eröffnung des Flughafens wurde damals auf rund zwei Milliarden Euro geschätzt.

In einer gemeinsamen Presseerklärung sagte damals Thomas Weyer, Geschäftsführer Technik der Berliner Flughäfen, die FBS wolle „mit dem Integritätsvertrag ein klares Zeichen für fairen Wettbewerb, für Korruptionsprävention und gegen illegale Absprachen setzen. Wir als FBS halten uns strikt an die geltenden Vergaberichtlinien. Das dokumentieren wir mit der richtungsweisenden Zusammenarbeit mit Transparency International.“



*Helmut Stecha, Neumitglied und Förderer aus Wiesbaden
– Bauingenieur*

„Durch meine berufliche Tätigkeit bin ich auch mit Korruptionsfällen in Berührung gekommen und weiß um deren schädliche Wirkungen. Deshalb unterstütze ich zusätzlich zum Mitgliedsbeitrag Transparency Deutschland mit einer jährlichen Spende.“

Der Integritätsvertrag - den jeder Bieter und Vertragspartner der FBS unterschreiben muss - enthält klare Regeln und Verpflichtungen des Auftraggebers und der Bieter bzw. Auftragnehmer bezüglich Integrität und Transparenz in den Geschäftsbeziehungen. Er legt die Sanktionen fest, die den Vertragspartnern bei Verstößen gegen den Vertrag drohen. Bieter bzw. Auftragnehmer werden mit dem Integritätsvertrag verpflichtet, auf jede Korruptionshandlung, insbesondere auf Bestechung und wettbewerbsbeschränkende Absprachen zu verzichten. Verstößt ein Bieter schon während der Angebotserstellung oder während des Auswahlverfahrens gegen die Regelungen des Vertrages, kann er vom Verfahren ausgeschlossen werden. Sollten sich nach der Auftragsvergabe Verstöße herausstellen, kann die FBS den bereits erteilten Auftrag kündigen. Außerdem drohen dem Bieter und Auftragnehmer bei Verstößen erhebliche Strafen, einschließlich eines pauschalisierten Schadensersatzes von bis zu fünf Prozent der Auftragssumme. Im Einzelfall sind höhere Schadensersatzforderungen möglich. Zusätzlich können Bieter, die den Integritätsvertrag nicht einhalten, auf Jahre von Aufträgen der FBS ausgeschlossen werden. Die Bieter verpflichten sich auch, die Einhaltung der Bestimmungen von nachbeauftragten Unternehmen einzufordern.

Als bundesweit erstes Unternehmen setzt die FBS im Einvernehmen mit Transparency Deutschland seither unter Federführung von Prof. Dipl.-Ing. Peter Oettel aus Berlin auch unabhängige externe Beobachter

(Monitoren) ein, die die Einhaltung des Integritätsvertrages überwachen. Prof. Oettel ist Mitglied von Transparency Deutschland. Er war bis zu seiner Pensionierung 1999 in der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung tätig.

Seit Anfang 2005 sind von der FBS zahlreiche Berater- und Bau-Verträge im Rahmen des Integritätsvertrages abgeschlossen und von Prof. Oettel geprüft worden. Ganz im Gegenteil zu den Verfahren in den 90er Jahren hat es bisher keinerlei Hinweise auf Korruption oder Korruptionsversuche gegeben. Der bisher größte Bauauftrag wurde nach der Öffnung der Angebote revidiert und wird derzeit - in einzelne Lose aufgeteilt - neu ausgeschrieben, weil die Angebote allesamt sehr viel höher als die Kostenschätzung waren. Ob die Tatsache, dass die vier Angebote dicht beieinander lagen, ein Indiz für eine verbotene Wettbewerbsabsprache ist, wird noch geprüft.

Dr. Michael H. Wiehen

AG Sport

Am 10. Februar fand das erste AG-Treffen im Jahr 2007 in Frankfurt am Main statt. Nachdem drei neue Mitglieder, namentlich Gernot Moser, Dr. Oliver Pragal und Dr. Matthias Braasch, in den Kreis der AG aufgenommen wurden und Holger Jakob zum Themenführer gewählt wurde, berichtete Sylvia Schenk über ihre Erfahrungen während der 12. Anti-Korruptionskonferenz in Guatemala (IACC), wo sie einen hochkarätig besetzten Workshop zum Thema „Sport und Korruption“ moderierte und das von der EU initiierte „Twinning-Projekt“ zwischen dem Bundesverwaltungsamt und dem Sportministerium Polens, welches den Erfahrungsaustausch zur Stärkung von Demokratie und Transparenz sowie der Korruptionsbekämpfung im Sport zum Gegenstand hat. Darüber hinaus erwähnte Frau Schenk das geplante Programm des deutschen Entwicklungshilfeministeriums in Zusammenarbeit mit der GTZ, das Fördergelder für Projekte während der FIFA WM 2010 in Südafrika bereitstellen soll, was eine Mitarbeit von Transparency interessant erscheinen lässt, soweit ein thematisch geeignetes Projekt gefunden werden kann.

Im Rahmen des sog. Schiedsrichterskandals diskutierte die AG sodann das Strafverfahren gegen den Fußball-Schiedsrichter Hoyzer, das insofern etwas eigentümlich war, als dass die Staatsanwaltschaft in erster Instanz eine Bewährungsstrafe, im Revisionsverfahren gar ein Freispruch gefordert hatte, der Bundesgerichtshof (BGH) aber in letzter Instanz eine Gefängnisstrafe verhängte. In der Sache stellte der BGH klar, dass Schiedsrichtermanipulationen im Zusammenhang mit zuvor abgeschlossenen Sportwetten von Personen, die sich die abgesprochene Manipulationen zu Nutze machen, strafrechtlich als Beihilfe

zu dem von dem Wettenden begangenen (versuchten) Betrugsdelikt zu bewerten ist. Die AG Sport sieht auf Grund dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen weiteren Handlungsbedarf, um auf etwaige Schwachstellen in der Strafverfolgung von Sportmanipulationen hinzuweisen, da der BGH entgegen anderweitigen Auffassungen des Schrifttums und der Staatsanwaltschaft eindeutig zum Ausdruck gebracht hat, dass es in diesem Bereich keine Strafbarkeitslücken gibt.

Darüber hinaus stand das Thema Sportwetten auf der Tagesordnung. Diskutiert wurde vor allem der von den Bundesländern vorgelegte Entwurf über einen neuen Glücksspielstaatsvertrag. Auch hier besteht in Zukunft vor allem juristischer Klärungsbedarf, da die Vereinbarkeit des neuen Staatsvertrags mit dem Europarecht vor dem Hintergrund der bisherigen EuGH-Rechtsprechung ungewiss ist. Für die Arbeit der AG Sport bekommt das Thema „Sportwetten“ erst dann eine Relevanz, wenn es entgegen der national zu beobachtenden Tendenz doch noch zu einer Liberalisierung des Glücksspiel- und Wettmarktes kommen sollte. In diesem Falle müsste vor allem beobachtet werden, dass die Integrität des sportlichen Wettbewerbs nicht durch manipulierte Sportwetten gefährdet wird. Eine solche Gefahr könnte zum Beispiel verstärkt drohen, wenn Sportveranstalter selbst Wettten anbieten würden, wie es gegenwärtig mitunter diskutiert wird.

Anlässlich dieses Treffens beschloss die AG die weiteren Themen für das Jahr 2007. Dabei wurden ein Schwerpunkt auf die Erarbeitung eines Transparency-Mustervortrags für den Bereich Sport gelegt, um die Arbeit von Transparency in diesem speziellen Bereich besser präsentieren zu können. Außerdem war die AG der Ansicht, dass die Ausarbeitung von Empfehlungen für VIP-Logen Einladungen zu Gunsten von Kunden, Geschäftspartnern, Beamten und Mandatsträgern ein wichtiges Aufklärungspotenzial in sich trägt, wobei vor allem auf mögliche strafrechtliche Gefahren aufmerksam gemacht werden sollte als auch einen gesellschaftlichen Konsens zu fördern. Denn obgleich die Erlöse durch die VIP-Logen Vermietung einschließlich des Caterings inzwischen zu einem erheblichen Teil zur Refinanzierung von Stadioninvestitionen beitragen, herrscht nach wie vor eine erhebliche Unsicherheit hinsichtlich der strafrechtlichen und steuerrechtlichen Behandlung von VIP-Logen Einladungen durch die Veranstalter und Sponsoren der jeweiligen Events. Strafrechtlich geht es insbesondere um die Frage der Strafbarkeit wegen Vorteilsgewährung bzw. Vorteilsannahme, steuerrechtlich sind in erster Linie die unterschiedlichen Abzugsmöglichkeiten ungeklärt.

Die Begründung des freisprechenden Urteils vom 28. November 2007 des Landgerichts Karlsruhe im Strafverfahren gegen Utz Claassen, den ehemaligen

Vorstandsvorsitzenden des Energiekonzerns EnBW, liegt inzwischen vor, so dass dadurch weitere Aspekte bei der Fertigstellung des oben genannten Papiers zu VIP-Logen Einladungen berücksichtigt werden können.

Am Rande der Jahreshauptversammlung am 20. Oktober 2007 wurde ausschließlich über den Entwurf des Mustervortrags und die Empfehlungen zu VIP-Logen Einladungen gesprochen, wobei beides gegenwärtig noch nicht abgeschlossen ist.

Die AG Sport sucht weiterhin engagierte und aktive Mitstreiter.

Holger Jakob

AG Zentralregister/Vergabewesen

Nachdem sich die Novellierung des Vergaberechts immer wieder verzögert hat, stand die AG eigentlich das ganze Jahr 2007 nur in den Startlöchern. Einziges trauriges Highlight im Vergabewesen waren die Nachwehen der Vergabe des Auftrags für die neue Messe in Köln.

Die AG reichte eine Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Grünen im sächsischen Landtag ein und nahm an der Anhörung des Wirtschaftsausschusses am 22.06.2007 in Dresden teil.

Thomas Maibaum

RG Berlin/Brandenburg

Seitens der Regionalgruppe Berlin/Brandenburg wurden im Jahr 2007 drei Treffen mit Schwerpunkt-Themen durchgeführt. Dabei ging es um „Die Basis-Arbeit von Transparency Deutschland in den Schulen und Universitäten der Region“, „Inseln der Integrität – Wege zur sauberen Vergabekultur“ (Prof. Dipl.-Ing. Peter Oettel zum Integritätsvertrag beim Flughafen-ausbau Berlin-Schönefeld) sowie die „Grundzüge der internationalen Geldwäschebekämpfung“ (Dr. Joachim Kaetzler als Themenführer der zuständigen AG). Bei einem internen und mehreren externen Basis-Vorträgen wurde über Entstehung und Ziele sowie Arbeitsweise von Transparency Deutschland informiert (jeweils als ca. einstündiger Vortrag mit anschließender Diskussionsrunde). Erfreulicherweise fand eines der beiden „Einführungsseminare für (Neu-)Mitglieder und Interessierte“ im Mai in Berlin statt und bot so gute Gelegenheit, vor Ort Transparency Deutschland und Möglichkeiten zur Mitarbeit besser kennenzulernen.

Martin Eggers



*Katrin Kubica, Neu-
mitglied aus Berlin
- Studentin*

„Ich betrachte Korruption als ein großes Hemmnis für wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Im ethischen Sinne widerspricht es zutiefst dem Sinn von Gerechtigkeit.“

RG Bremen

Die Gruppe hat sich im Februar 2007 gegründet. Sie hat sich dabei folgende Ziele gesetzt:

- als Akteur in der regionalen Korruptionsbekämpfung aufzutreten und sichtbar zu werden,
- Bündnispartner in der Region zu finden,
- die Arbeit von Transparency Deutschland für die Region bekannt und fruchtbar zu machen und -Mitglieder zu werben und zur Mitarbeit bei Transparency anzuregen.

Dabei ging die Gruppe davon aus, dass diese Ziele am besten durch aktive Einmischung in regionale Probleme zu erreichen sind. Ein wichtiges Ziel ist somit, auf regionale Korruptionsprobleme, vor allem jene des Stadtstaats, hinzuweisen und entsprechende Maßnahmen der Korruptionsprävention vorzuschlagen.

Die Gruppe hat sich im Jahre 2007 insgesamt sechs Mal getroffen. Dabei ging es zunächst um das Verständnis von Korruption und Korruptionsbekämpfung. In Folgetreffen wurden die Korruptionsindizes von Transparency erörtert und auch erste regionale Themen behandelt. So stellte sich die neue Antikorruptionsstelle des Landes vor. Auf einer weiteren Sitzung wurde der Untersuchungsbericht zum Bremer Klinikskandal diskutiert. Nachdem die Gruppe im Jahre 2007 halböffentlich getagt und nur über die Transparency-Website für ihre Aktivitäten geworben hatte, will sie sich nun erstmals direkt an die regionale Öffentlichkeit wenden.

Die Regionalgruppe hat gute Möglichkeiten, in der Region wahr- und ernst genommen zu werden. Sehr hilfreich für die Behandlung der regionalen Probleme war es auch, dass wir die Expertise, Erfahrungen und Kooperationsbereitschaft von Experten und erfahrenen Mitgliedern - so namentlich von Jochen Bäumel, Thomas Maibaum, Michael Wiehen und

Peter Schönhöfer - nutzen und auch auf die Unterstützung der Geschäftsstelle zählen konnten. So zeigen sich in der regionalen Arbeit die Vorzüge einer nationalen Organisation mit einem großen Pool von kooperationsfreudigen Experten, zugleich aber auch ein beträchtlicher zusätzlicher Abstimmungsbedarf.

Unsere Arbeit hat ein grundlegendes Problem der knappen Ressourcen. Trotz eines beträchtlichen Wachstums im letzten Jahr, sind wir mit 16 Mitgliedern eine sehr kleine Regionalgruppe geblieben. Lediglich 5-7 Mitgliedern gelingt es, sich kontinuierlich aktiv an der Arbeit zu beteiligen. Dies bedeutet, dass die Gruppe sich auf einige wenige Themen beschränken muss, die jeweils in kleinen, zeitlich begrenzten Projektgruppen bearbeitet werden können. Entsprechend zögerlich schreitet die Vernetzung mit anderen Akteuren oder Verbündeten der Korruptionsbekämpfung voran, da diese erheblich kommunikative Kapazität bindet. So bleibt uns zu hoffen, dass wir organisationsfreudige und engagierte Mitglieder gewinnen können und uns derweil nicht die Puste ausgeht.

Prof. Dr. Rainer Dombois/Dr. Kirsten Schubert

RG Frankfurt/Rhein-Main

Die Regionalgruppe traf sich am 26. Januar, 27. März, 11. Juni, 18. August und am 21. November 2007. Durchschnittlich waren 10 Mitglieder anwesend. Treffpunkt ist der Sitzungsraum einer Stiftung mitten in Frankfurt, der gut erreichbar ist. Die Regionalgruppe umfasst etwa 80 Mitglieder im Rhein-Main-Gebiet.

Es wird versucht, jedem Treffen einen Themenschwerpunkt zu geben, z. B. mit dem leitenden Oberstaatsanwalt Hubert Hardt oder mit dem Transparency Mitglied Rainer Buchert, der Rechtsanwalt, u.a. auch Ombudsmann bei VW ist. Die Regionalgruppe hat das große Glück, dass die Vorsitzende, Sylvia Schenk, für uns vom Vorstand in Berlin aus verantwortlich zeichnet und so oft es geht, auch zu den Treffen kommt. Auch Dr. Gabriele Bojunga, Sprecherin der AG Gesundheit, ist Mitglied der Regionalgruppe und kann uns aus ihrer großen Erfahrung aus dem Gesundheitsbereich berichten. Es ist erfreulich, dass immer wieder junge Menschen zu den Sitzungen kommen, zum Teil aus eigener Betroffenheit aber auch von der Idee, dass es Transparency gibt, so angetan sind, dass sie nicht nur gerne kommen, sondern ihr Wissen und auch Zeit einbringen wollen, um die Regionalgruppe und damit Transparency in der Bevölkerung des Rhein-Main-Gebietes besser zu verankern.

Eine Strategieguppe hat nun die Weichen gestellt und plant vier Treffen der Regionalgruppe im neu-

en Jahr. Insgesamt ist die Regionalgruppe auf einem guten Weg und es gilt, die selbst gesteckten Ziele umzusetzen.

Adelheid Tröscher

RG Hamburg/Schleswig-Holstein

Nach einer längeren Pause hat sich die Regionalgruppe Hamburg im Jahr 2007 neu zusammengefunden. Auf drei Treffen wurde die regelmäßige Zusammenarbeit und der Austausch von Mitgliedern aus dem Großraum Hamburg wieder aufgenommen. Als kommissarischer Regionalgruppenleiter kümmerte sich der Rechtsanwalt Konstantin v. Notz und der internationale Strategieberater Thomas Landschof um das Organisatorische. Alle drei Abende waren gut besucht. Zwischen 15 und 25 Mitglieder und Interessierte kamen zu den Treffen, auf die auch in der Hamburger Presse hingewiesen wurde. Das Verhältnis zwischen Interessierten und Mitglieder war ungefähr ausgeglichen. Einige der Interessierten wurden auch Mitglied bei Transparency.



„Mit meiner jährlichen Spende unterstütze ich Transparency Deutschland bei der Bekämpfung von Korruption und setze mich damit für mehr Chancengleichheit und Gerechtigkeit ein.“

Beim ersten Treffen im Dorint Novotel Hamburg Alster am 3. Mai 2007 wurden nach einer Vorstellung aller Beteiligten Interessengebiete und mögliche Arbeits- und Informationsschwerpunkte für die Regionalgruppe besprochen.

Am 19. Juni 2007 traf sich die Regionalgruppe in den Räumen des Gruner & Jahr Verlages in Hamburg. Prof. Biallas erläuterte grundsätzlich die Ziele und die Arbeit von Transparency Deutschland. Anschließend berichtete Konstantin v. Notz vom Diskussionsstand zur Verschärfung der Abgeordnetenbestechung nach § 108 e StGB. Den Hauptvortrag des Abends hielt Frau Georgia Skorczyk über Korruption im Gesundheitswesen.

Beim letzten Treffen des Jahres am 27.11.2007 im

Hamburger Jugendhotel berichtete zunächst Konstantin v. Notz von seinem Besuch der Demokratietagung in Speyer. Anschließend sprach Frau Karenina Schröder, Vorstandmitglied von Transparency Deutschland, ausführlich zu Transparency, der Geschichte der Organisation im Allgemeinen und zu Korruption durch deutsche Unternehmen im Ausland im Speziellen.

Konstantin von Notz

RG München

Die Regionalgruppe traf sich - wie bisher - einmal im Monat, jeweils am zweiten Mittwoch. Die Veranstaltungen dienten in erster Linie dem Austausch aktueller Informationen. Daneben wurden zwei Vortragsveranstaltungen organisiert:

Beim September-Treffen referierte Henning Erbe, Mitglied der Regionalgruppe, über ein „Dilemma-Trainingsprogramm“ zum Umgang mit Dilemmas in der täglichen Praxis. Dieses Training wurde auch im Rahmen eines EU-Programms zur Verstärkung der Anti-Korruptions-Aktivitäten in der polnischen Finanzverwaltung eingesetzt, in dem Herr Erbe zwei Jahre lang als Experte eingesetzt war.

Beim November-Treffen stellte Saskia Themans den „Global Challenges Index“ vor, der von der BÖAG Börsen AG (Trägersgesellschaft der Wertpapierbörsen in Hamburg und Hannover) initiiert wurde. Der Index umfasst Unternehmen, die sich in verantwortlicher Weise den globalen Herausforderungen stellen.

Am 9. Dezember, dem weltweiten Antikorruptionstag, nahm die Regionalgruppe mit vier Mitgliedern am „WinterTollwood“, einem traditionellen, multi-kulturellen Festival auf der Münchner Theresienwiese, teil. Das Ziel war, an diesem Tag einem größeren Publikum Präsenz zu zeigen und über Transparency zu informieren. Es konnten erfreuliches Interesse an der Arbeit von Transparency festgestellt und gute Gespräche geführt werden.

Erika Lorenz/Henning Erbe

RG Niedersachsen

Während des Berichtszeitraumes hat die Regionalgruppe Niedersachsen weiter wichtige Schritte zur aktiven Arbeit im Bundesland gemacht. Dienten die vier Treffen 2007 weiterhin einer qualifizierten und interessanten Information der Mitglieder und einzelner Interessierter und einem produktiven Erfahrungsaustausch, wurden die ersten Arbeitsfelder eingegrenzt. Dies ist in erster Linie auf den Zuwachs gerade an aktiven Mitgliedern zurückzuführen.

Die Erfahrungen der letzten Jahre hatte gezeigt, dass eine Einbindung Interessierter in einem Flächenland durch Treffen organisatorisch zwar aufwändig, aber trotz moderner Kommunikationsmittel notwendig ist. Es blieb daher beim zentralen Treffpunkt Hannover.

Als Gäste und Vortragende waren erschienen:

Rechtsanwalt Dr. Buchert berichtete aus seiner Arbeit als Ombudsmann u.a. bei der Volkswagen AG. Bei dieser Gelegenheit wurden die Unterschiede zum BKMS®-System deutlich, das das Landeskriminalamt Niedersachsen einsetzt.

Transparency Deutschland-Vorstandsmitglied Jochen Bäumel gab einen Überblick über Korruption in Deutschland.

Oberstaatsanwältin Hildegard Wolff (Staatsanwaltschaft Braunschweig) erläuterte vor den bis dahin meisten Zuhörerinnen und Zuhörern bei einem RG-Treffen die Arbeit einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft.

An dieser Form der Information für Mitglieder und Interessierte wird die Regionalgruppe festhalten.

Am 5. Oktober 2007 fand ein Wechsel in der Leitung der Regionalgruppe statt. Uwe Henrich (Goslar), der die Gruppe überhaupt erst ins Leben gerufen und seit 2005 erfolgreich geleitet hat, stellte sein Amt zur Verfügung. Er bleibt aktives Mitglied der Regionalgruppe und ist auch bundesweit für Transparency weiterhin aktiv. An dieser Stelle herzlichen Dank für die erfolgreiche Arbeit.

Die Regionalgruppe wählte Dennis Schwarz (Braunschweig) zum neuen Leiter.

Am letzten Treffen 2007 wurde beschlossen, die Treffen in Zukunft zweimonatlich abzuhalten. Außerdem hat die Regionalgruppe die Arbeitsfelder für die nächsten Jahre eingegrenzt. So sollen neben der Einführung eines Informationsfreiheitsgesetzes in Niedersachsen der fehlende Erfolg des Unzuverlässigkeitsregisters bei der Oberfinanzdirektion und die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden Schwerpunkte sein.

Begonnen wurde noch 2007 die Arbeit an den Wahlprüfsteinen für die Landtagswahl 2008.

Besonders erwähnenswert ist die erste Regionalkonferenz der Polizeidirektion Göttingen zum Thema „Korruptionsprävention“, zu der ein Vertreter der Regionalgruppe geladen war. Mehr als 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer hörten unter anderem Beiträge von Innenminister Uwe Schünemann, Oberstaatsanwalt Dr. Rainer Gundlach und Prof. Britta Bannenberg. Die Konferenz war durchweg qualitativ hochwertig, wenn auch gelegentlich zu weit vom

Thema Prävention entfernt. Die hohe Besucherzahl macht die Aktualität der Thematik deutlich. Weitere Veranstaltungen dieser Art werden folgen. (http://www.polizei.niedersachsen.de/dst/pdgoe/pd_goettingen/konferenz/index.html)

Dennis Schwarz

RG Ostwestfalen-Lippe

Im Jahr 2007 gab es zwei Veranstaltungen, zum einen im März eine Veranstaltung zum Thema „Korruption im Internationalen Geschäftsverkehr“ gemeinsam mit der Fachhochschule des Mittelstandes Bielefeld, Institut für Mittelstand in Lippe/ Detmold (ca. 50 Besucher) und im Dezember eine Veranstaltung zum Thema „Korruption in Staat und Verwaltung“ in der Universität Bielefeld (ca. 30 Besucher).

Dr. Harald Schlüter

RG Rheinland

Am 29. März 2007 kam die Regionalgruppe NRW im Allianz-Haus in Köln zusammen. Herr Dr. von Blomberg berichtete über die bisherige Arbeit der Regionalgruppe und teilte mit, dass sich eine neue Gruppe Ostwestfalen-Lippe gebildet habe. Die anwesenden Mitglieder von Transparency verständigten sich auf den neuen Namen Regionalgruppe Rheinland und bestimmten Herrn Dr. Brocke zum Leiter. Im Rahmen einer Vorstellungsrunde hatte sodann jeder Teilnehmer der Sitzung Gelegenheit, seine Erwartungen an die Mitgliedschaft zu beschreiben.



Veronika Chakraverty, Neumitglied aus Köln
– Grafikerin

„Mit meiner Mitgliedschaft möchte ich einen Beitrag zur Bekämpfung von Korruption leisten, die eine wesentliche Ursache von Armut und Unterdrückung ist.“

Am 13. Juni richtete sich eine Regionalsitzung in erster Linie an die Neumitglieder von Transparency, nachdem der Transparency-Führungskreis den Auftrag erteilt hatte, die Möglichkeiten für eine dezentrale Organisation der Einführungsseminare zu prüfen. Herr Kunz und Herr Dr. Brocke informierten über das Selbstverständnis, die Aufgaben, die Organisa-

tion, die Kommunikations- und Informationsmittel und die aktuellen Herausforderungen.

Am 30. August befasste sich die Regionalsitzung intensiv mit dem Thema Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung im kommunalen Raum. Es referierten Herr Suhr, Korruptionsbeauftragter der Stadt Bonn, und Herr Rechtsanwalt Schwarze, Vertrauensanwalt der Stadtwerke Bonn. Herr Klinger stellte die Arbeit der Themengruppe Kommunen von Transparency vor.

Am 8. November war die Regionalgruppe Gast bei Ernst & Young in Düsseldorf, wo Herr Heisner für den Gastgeber zu dem Bereich Fraud Investigation und Dispute Services berichtete. Herr Oberstaatsanwalt Hintzen, Abteilungsleiter für Wirtschaftskriminalität, stellte sodann die Zuständigkeiten und Arbeitsweise der Staatsanwaltschaft vor.

Die Regionalgruppe Rheinland war auf der Sitzung des Führungskreises von TI vertreten. Der Leiter nahm im Auftrag der Geschäftsstelle an einer zweitägigen Tagung bei der NATO in Brüssel teil, auf der unter Federführung von Transparency Großbritannien die Zusammenarbeit zwischen NATO und Transparency diskutiert wurde. Die Regionalgruppe Rheinland nahm auf Bitte der Geschäftsstelle zu den Vorgängen an der Fachhochschule Gelsenkirchen gegenüber dem WDR Stellung und kam verschiedenen Anfragen nach Diskussionsbeiträgen und Vorträgen nach.

Im Laufe des Jahres kam es zu der Neugründung der Regionalgruppe Ruhr, die nunmehr von Herrn Marx geleitet wird.

Dr. Helmut Brocke

RG Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt

Erfreulichstes Ereignis des Jahres in der mehr als die Hälfte der „Neuen Bundesländer“ umfassenden Regionalgruppe „Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt“ war deren Trennung.

Nachdem vor knapp zwei Jahren zu Anfang der Aktivitäten in dieser knapp ein Fünftel des Bundesgebietes umfassenden Regionalgruppe viel Fläche aber wenig Mitglieder repräsentiert waren, trugen die stetigen Aktivitäten mittlerweile Früchte. Zwar gibt es in der Region im Vergleich zu anderen Gebieten in Deutschland immer noch weniger Aktive, dies sind aber mittlerweile doch so viele, dass im Dezember 2007 in Dresden bei dem ersten Regionalgruppentreffen außerhalb Thüringens die Auftrennung in die zwei Gruppen „Regionalgruppe Sachsen“ und „Regionalgruppe Thüringen und Sachsen-Anhalt“ erreicht werden konnte.

Neben diesem erfreulichen Ereignis gegen Ende des Jahres konnten 2007 zwei weitere sehr interessan-

te Veranstaltungen im Rahmen der Regionalgruppe stattfinden.

Im Frühjahr referierte Frau Dr. Heike Mayer von der Arbeitsgruppe „Informationsfreiheit“ über Status und Herausforderungen der Bestrebungen für mehr Transparenz in der Verwaltung, wobei sie auch konkret auf die Situation in den neuen Bundesländer einging. Raum für dieses Treffen bot die Begegnungsstätte „Kleine Synagoge“ in Erfurt, die von der Stadt Erfurt der Regionalgruppe unkompliziert und kostenlos zur Verfügung gestellt wurde. Die Diskussion über die Informationsfreiheit fiel mit Beratungen im Thüringer Landesparlament über die Einführung eines Informationsfreiheitsgesetz zusammen. Dadurch dass Frau Dr. Meyer für diesen Entwurf als Transparency-Vertreterin eine Stellungnahme angefertigt hatte, konnte sie aus direkter Erfahrung und mit tiefgehendem Sachverstand berichten.



„Auch vor Ort geht es darum, das öffentliche Bewusstsein über die schädlichen Folgen der Korruption zu schärfen. Deshalb engagiere ich mich auf regionaler Ebene, in Sachsen.“

In einer weiteren Veranstaltung im Frühsommer konnte der langjährige Vorsitzende von Transparency Deutschland, Prof. Elshorst, für ein Treffen mit der Regionalgruppe gewonnen werden. Dieses fand in Kooperation mit der Universität Erfurt in deren Räumlichkeiten statt. Neben seinem Vortrag bei der Regionalgruppe und einem anschließendem Abendessen mit interessierten Mitgliedern stand Prof. Elshorst dabei auch einer internationalen Studentengruppe der Universität Rede und Antwort.

Bei allen Treffen waren die Rückmeldungen der Teilnehmer sehr positiv. Es zeigte sich dabei allerdings auch, woran in der Region für Transparency in Zukunft weiter zu arbeiten ist. Auf der einen Seite konnten mittlerweile einige sehr aktive und interessierte Mitglieder und Interessenten gewonnen werden. Auf der anderen Seite sind dies unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahl der Region immer noch vergleichsweise wenige. Ein Arbeitsauftrag für die Zukunft ist es also, das Thema Korruptionsbekämpfung auch in den neuen Bundesländern noch stärker mit „Transparency“ zu verknüpfen und noch mehr aktive Mitstreiter für Transparency zu begeis-

tern. Die Gründung der „Regionalgruppe Sachsen“ und ggf. eine weitere Aufteilung in zukünftige „Regionalgruppe Sachsen-Anhalt“ und „Regionalgruppe Thüringen“ sind Schritte in diese Richtung.

Jens Claussen

Der Beirat

Nach menschlichem Ermessen ist auch der Dritte Sektor (jenseits von Privatwirtschaft und Staat) nicht frei von Korruption. Ihm sollte aber in besonderer Weise daran gelegen sein, durch eine eigene Vorbildfunktion zur Lösung des Problems beizutragen. Vor diesem Hintergrund fand am 31. Oktober 2007 die dritte Sitzung des Transparency Beirates mit seinen Repräsentanten aus Stiftungen, karitativen Verbänden, kirchlichen Institutionen, Gewerkschaften und der Wissenschaft statt.

Im Vordergrund der Diskussion stand die Frage, ob Transparency Deutschland seinen Aktionsradius über die unmittelbare Korruptionsbekämpfung hinaus auf die Metaebene – sprich die übergeordneten Bedingungen für Korruption ausweiten müsse. Kann und müsste man z.B. versuchen eine ethische Basis für Korruptionsbekämpfung zu sichern, weil die Normen sich so weit verschoben haben, dass ein Unrechtsbewusstsein fehlt?

Tenor der lebhaften Debatte war: Transparency Deutschland muss seinen Fokus auf die Korruption beibehalten. Dies ist der Schlüssel zu seinem Erfolg. Alles andere birgt die Gefahr der Verwässerung. Dennoch sollte vom Blickpunkt der Korruption ausgehend stärker nach Ursachen auf einer höheren Ebene gefragt werden. Begriffe wie „Integrität“, „public accountability“ und „Demokratie“ sollten stärker in die Debatte aufgenommen werden, um an der Wurzel des Phänomens zu rühren. Angeregt wurde überdies stärker als bisher zu analysieren, was in unserer Gesellschaft heute überhaupt als „Korruption“ wahrgenommen wird und wie über „Korruptionsbekämpfung“ gesprochen/berichtet wird.

Hansjörg Elshorst versprach die Themen aufzunehmen und in seiner zukünftigen Rolle als Beiratsvorsitzender für einen aktiven Austausch zwischen Transparency Deutschland und den Beiratsmitgliedern zu sorgen. Herr Elshorst war zuvor einstimmig zum Nachfolger von Hedda von Wedel gewählt worden, die den Beiratsvorsitz nach Ihrer Wahl in den Vorstand von Transparency Deutschland niederlegt hatte.

Neben den jährlichen Sitzungen des Beirates gab es Einzelinitiativen mit Beiratsmitgliedern wie z.B. den Aufbau einer Internetplattform zu Korruptions-

bekämpfung gemeinsam mit Herrn Fücks von der Heinrich-Böll-Stiftung, eine Initiative zu Korruptionsbekämpfung im Energiesektor mit Frau Professor Müller, Vorbereitungen für einen Integrationspreis mit Frau Birthler und Zusammenarbeit im Bereich Politik mit Prof. von Alemann.

Karenina Schröder

Runde von Energie-Experten

Kurz vor Weihnachten traf sich eine hochkarätige Runde an Energie-Experten in der Berliner Transparency Deutschland-Geschäftsstelle. Eingeladen hatten Frau Professor Edda Müller und Karenina Schröder, um zu klären, ob Transparency Deutschland sich mit dem Thema Korruption im Energiesektor spezifisch befassen sollte. Dies geschah vor dem Hintergrund der Tatsache, dass eine kleine Gruppe bei Transparency Deutschland sich mit den Einfallstoren für Korruption im Energiesektor genauer befasst und zu dem Schluss gelangt war, dass strafrechtlich relevante Korruptionstatbestände im Energiesektor nicht prevalenter sind als in anderen Industriesektoren. Einflussnahme erfolge heute viel subtiler und sei mit den herkömmlichen Begriffen der Bestechung und Korruption schwer zu fassen.

Diese Ansicht wurde von den anwesenden Energie-Experten z.B. aus dem Wuppertaler Klimainstitut, von der Freien Universität Berlin, dem bne (Bund Neuer Energieanbieter), dem DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) sowie erfahrenen Energiepolitikern weitgehend geteilt. Einig war man sich allerdings auch, dass der Einfluss der vier großen Energieversorger auf die Politik/Verwaltung überproportional groß ist und hier die Grenzen zwischen extremem Lobbyismus und Korruption gelegentlich fließend sind.

Transparency Deutschland hat sich mit seinen Forderungen zur Eindämmung von eklatantem Lobbyismus bisher nur an die potentielle „Nehmer Seite“ – sprich Politik und Verwaltung gewandt. Von ihnen haben wir gefordert, dass sie ihre Nebeneinkünfte offen legen, Karenzzeiten beim Wechsel in die Privatwirtschaft einhalten, entliehene Mitarbeiter aus Firmen nicht in Gesetzgebungsverfahren einbeziehen etc. Die potentielle „Geber-Seite“ (z.B. Energieversorger) blieb weitgehend ungenannt. Dabei könnte sie mit entsprechenden Selbst-Verpflichtungen im Bereich von Sponsoring, Karenzzeiten, Parteispenden, entliehene Mitarbeiter etc. ebenfalls einen Beitrag dazu leisten, dass Einflussnahme nur in demokratisch legitimierten Prozessen erfolgt.

Ein Vertreter von RWE hat der Expertenrunde im Nachgang zu dem Treffen den RWE Code of Conduct und deren Richtlinien zur Wahrnehmung öf-

fentlicher Ämter geschickt. Wir werden nun prüfen, inwieweit sich diese Richtlinien verbessern und zu einem Standard für Corporate Governance im Energiebereich ausbauen lassen, der diesen Namen verdient. Wer Interesse an Mitarbeit hat, melde sich bitte bei Karenina Schröder.

Karenina Schröder

3. Finanzen und Mitglieder

Prüfung

Die Prüfung der Vereinsfinanzen für das Jahr 2007 erfolgte im Februar 2008 durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte. Mit ihrem Bericht erteilten die Prüfer dem Verein einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk. Das heißt, dass die Buchführung des Vereins vollständig und gewissenhaft vorgenommen worden ist und die Prüfung insgesamt zu keinerlei Einwänden geführt hat.

Einnahmen

Die Einnahmen sind 2007 im Vergleich zum Vorjahr um rd. 6% auf 214.459 Euro (2006: 202.171 Euro) gestiegen. Die wichtigsten Einnahmenpositionen stellen Mitgliedsbeiträge, Spenden, Förderbeiträge und Geldauflagen dar.

Die Mitgliedsbeiträge von Einzelmitgliedern stiegen um rd. 15% auf 52.918 Euro (2006: 46.101 Euro). Die Beiträge von Firmenmitgliedern stiegen auf 82.513 Euro (2006: 74.773 Euro).

Die Spenden stiegen insgesamt um rd. 40% auf 37.789 Euro (2006: 27.057 Euro). Davon gingen rd. 13.890 Euro von Unternehmen und 23.899 Euro von natürlichen Personen ein.



Dr. Peter Fries hat sich zu seiner Geburtstagsfeier keine Geschenke gewünscht, sondern Spenden für Transparency Deutschland. Auf diesem Wege sind über 3.000 Euro zusammen gekommen. Transparency bedankt sich ganz herzlich bei seinem langjährigen Mitglied aus Nürnberg.

Der relativ größte Einnahmenanstieg ist bei den Förderbeiträgen zu verzeichnen, die sich im Jahresvergleich verdoppelten. Sie stiegen auf 7.894 Euro (2006: 3.850 Euro). Förderbeiträge sind Spenden, die regelmäßig z.B. durch Lastschrifteinzugsermächtigung oder Dauerauftrag an Transparency Deutschland fließen.

Die Einnahmen aus Geldauflagen sanken auf 25.300 Euro (2006: 36.000 Euro). Diese Einnahmen unterlie-

gen starken Schwankungen, da sie sich aus wenigen Einzelaufgaben zusammensetzen, die unterschiedlich hoch ausfallen können. Konnten im Jahr 2005 82.850 Euro verbucht werden, betrug sie im Jahr davor nur 15.050 Euro.

Durch die Einführung einer systematischen Liquiditätsplanung, die auch die Einrichtung eines Festgeldkontos beinhaltete, konnten die Zinserträge auf 3.501 Euro (2006: 1.667 Euro) verdoppelt werden.

Ausgaben

Die Ausgaben stiegen mit 237.804 Euro (2006: 219.852 Euro) um 8%. Den größten Ausgabeposten bildete der Personalaufwand mit 148.404 Euro (2006: 118.105 Euro). Die Steigerung liegt u.a. in der Schaffung zusätzlicher Personalkapazitäten begründet.

Die Reise- und Veranstaltungskosten blieben bei 33.992 Euro weitestgehend konstant (2006: 33.276 Euro). Große Einzelpositionen waren die Kosten für die Jahreshauptversammlung mit 4.077 Euro, die Reisekosten zum Regional Meeting in Aserbaidschan mit 4.627 Euro und die Reisekosten zum Annual Membership Meeting in Indonesien mit 2.764 Euro. Konstant blieben ebenfalls die Kosten für Bürobedarf, Literatur und Kommunikation mit 15.519 Euro (2006: 15.875 Euro).

Die Rechts- und Beratungskosten sanken auf 5.899 Euro (2006: 21.819 Euro). Wesentlicher Teil des Vorjahresbetrages war eine Rückstellung für Prozesskosten in Höhe von 13.500 Euro, die nach erfolgreichem Ausgang im Jahr 2007 aufgelöst werden konnte.

Rücklagen

Zum 31.12.2007 wurde die Betriebsmittelrücklage in Höhe von 50.000 Euro aufgelöst. Mit Vorstandsbeschluss vom 18.04.2008 wurde eine neue Betriebsmittelrücklage in Höhe von 60.199 Euro gebildet. Ebenfalls mit Vorstandsbeschluss vom 18.04.2008 wurde die freie Rücklage durch Zuführung von 21.808 Euro zum 31.12.2007 auf 75.068 Euro erhöht. Diese Beschlüsse folgten einer intensiven Auseinandersetzung mit Fragen der Rücklagenbildung im Frühjahr 2007.

Ergebnis

Nach Berücksichtigung von Zinsen und ähnlichen Erträgen und Aufwendungen sowie außerordentlichen Erträgen verbleibt ein Jahresergebnis von -7.125 Euro (2006: -13.688 Euro). Nach Bildung der Rücklagen verbleibt ein Bilanzergebnis von 6106 Euro (2006: 45.238 Euro).

Mitgliederzahl

Die Anzahl der Mitglieder konnte weiter gesteigert werden. 159 neue Mitglieder schlossen sich Transparency Deutschland im Jahr 2007 an (31 Mitglieder kündigten im Laufe des Jahres 2007 ihre Mitgliedschaft; 7 Mitglieder wurden rückwirkend zum 31.12.2007 von der Mitgliederliste gestrichen). Die Gesamtzahl lag zum 31.12.2007 bei 805 Einzelmitgliedern (2006: 692). Dies ist eine Nettosteigerung von 16 Prozent. Bei den korporativen Mitgliedschaften blieb die Zahl mit 40 gleich, darunter 7 Mitgliedschaften auf Gegenseitigkeit.

Um den Vorstand zeitnah über den aktuellen Stand der Mitgliederentwicklung und Finanzen zu informieren, wurde ein systematisches Berichtswesen auf Quartalsbasis eingeführt. In den Vorstandssitzungen wird über Zuwachs und regionale Verteilung der Mitglieder sowie wichtige Einnahmen- und Ausgabenpositionen berichtet.

4. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Im Jahr 2007 hat Transparency Deutschland 18 Pressemitteilungen versandt, nach 20 Pressemitteilungen im Vorjahr. Im Rahmen von Pressekonferenzen wurden am 26. September 2007 die Ergebnisse des Korruptionswahrnehmungsindex und am 6. Dezember 2007 die Ergebnisse des Korruptionsbarometers vorgestellt.

Durch einen Providerwechsel lagen erst ab September 2007 Zahlen zur Nutzung der Website vor. In den letzten vier Monaten des Jahres haben durchschnittlich 20.923 verschiedene Nutzer die Website besucht. Die Seitenaufrufe lagen durchschnittlich bei 83.147 pro Monat. Die behutsame Fortentwicklung der Website beinhaltete die Einrichtung einer Deutschlandkarte auf der Startseite, auf der sofort ersichtlich wird, wo Regionalgruppen von Transparency aktiv sind. Der Teil der Website, der nur für die Mitglieder des Vereins zugänglich ist, wurde in Mitgliederbereich umbenannt und weiter belebt.

Eine vollumfängliche Messung von Transparency in regionalen und überregionalen Print- und Online-medien fand - um Personalkapazitäten zu schonen - nicht im Umfang vorheriger Berichtszeiträume statt. Transparency wurde im Jahr 2007 allerdings mindestens 750 mal erwähnt.

Im Zuge der Diskussion um die Ausrichtung der drei Kommunikationsinstrumente Pressespiegel (zweimal die Woche), Newsletter (einmal im Monat) und Rundbrief (alle drei Monate) wurde beschlossen, ab Mai 2007 den Newsletter auch in einer externen Variante zum Abonnement anzubieten. Mit 114 Abonnenten im Juni und 466 Abonnenten im Dezember war dieses neue Angebot ein voller Erfolg.

Am 26. September 2007 stellte Transparency Deutschland den Korruptionswahrnehmungsindex 2007 vor.



In Zusammenarbeit mit der Werbeagentur „FÜNF FREUNDE“ konnte ein einheitliches Erscheinungsbild im Außenauftritt von Transparency erstellt werden. Zu den Publikationen im Jahr 2007 zählten die Neuauflage des Flyers, die Dokumentation der Staatsanwältkonferenz 2006, die Checkliste für „Self-Audits“ zur Korruptionsprävention in Unternehmen und eine Überarbeitung des Layouts des Rundbriefs.



AG Rundbrief

Der „Rundbrief“, die Mitgliederzeitschrift von Transparency Deutschland, entwickelte sich 2007 anfangs zunächst als Sorgenkind mit etwas unsicheren Zukunftsaussichten. Mitten in den Vorbereitungen für das zweite Heft kam unvermittelt die bisherige Redaktionsleitung abhanden – ein gravierender Einschnitt, da mit dieser Aufgabe nicht allein die inhaltliche Konzeption und die Schlussredaktion, sondern auch die (computer-)technische Herstellung verbunden ist. Doch Krisen bieten Chancen – die Übergangssituation konnte dazu genutzt werden, das Erscheinungsbild des Rundbriefes grundlegend zu überarbeiten, um es optisch in Einklang mit anderen Druckerzeugnissen von Transparency Deutschland zu bringen. Zu diesem Zweck entwickelte die Berliner Agentur „Fünf Freunde“ und hier insbesondere Sabine Kauffeld pro bono ein neues Layout, das Anfang Dezember mit dem Rundbrief 37 erstmals den Lesern präsentiert wurde und bei diesen auf positive Resonanz stieß.

Für die inhaltliche Arbeit hat sich im Laufe des Jahres ein kleines, aber hochmotiviertes und zuverlässig arbeitendes Redaktionsteam motiviert, mit Dr. Anke Martiny als Verantwortliche im Vorstand, Anja Schöne und Ivo Rzegotta als Nachrichten-Redakteure, Andrea Priebe und Dr. Heike Mayer – gemeinsam für das Ressort „Interna“ zuständig – sowie Dr. Christian Humborg, der mit seinen Mitarbeitern von der Geschäftsstelle aus die Rezensionen betreut. Der Themenschwerpunkt jeder Ausgabe wird im Wechsel

reihum von jedem Redaktionsmitglied einmal verantwortet. 2007 lauteten diese Schwerpunkte einmal „G8-Gipfel in Heiligendamm“ (Rundbrief 36, Dr. Anke Martiny) und einmal „Informationsfreiheit“ (Rundbrief 37, Dr. Heike Mayer).

Schließlich ist es somit gelungen, den Rundbrief nicht nur am Leben zu erhalten, sondern auch seine Zukunft zu sichern. In diesem Zusammenhang sei den Autoren herzlich gedankt, die ohne Honorar, aber mit viel Engagement Artikel und Rezensionen verfasst und auf diese Weise ebenfalls dazu beitragen haben, den Rundbrief als ein zentrales Informationsmedium für Mitglieder und Interessierte zu erhalten.

Zum Jahreswechsel 2008 hat Dr. Heike Mayer die Leitung der Rundbrief-Redaktion übernommen.

Dr. Heike Mayer



5. Geschäftsstelle

Zum Jahresanfang hat Dr. Christian Humborg seine Tätigkeit als Geschäftsführer aufgenommen. Er trat damit die Nachfolge von Dagmar Schröder an, die ihre Tätigkeit beendet hatte, um mit ihrem Mann in die USA überzusiedeln. Am 23. Januar 2007 wurde sie im Rahmen einer Feierstunde in der Geschäftsstelle verabschiedet. Der Vorsitzende Dr. Hansjörg Elshorst würdigte ihre Verdienste: „Dagmar Schröder hat ganz wesentlich zum Erfolg von Transparency Deutschland in den letzten Jahren beigetragen. Vorstand und sehr viele Mitglieder des Vereins werden sich dieser jungen Frau mit herzlicher Sympathie erinnern und wünschen ihr einen guten Start in den USA.“



Dr. Christian Humborg ist seit dem 1. Januar 2007 Geschäftsführer von Transparency Deutschland.

Zum 17. September 2007 hat Sylvia Hänchen auf der neu geschaffenen 75%-Stelle einer Assistentin ihre Tätigkeit für Transparency Deutschland aufgenommen. Zu ihren Aufgaben gehören die Büroorganisation und die Pflege der Datenbank und der Terminübersichten. Damit trat eine spürbare Entlastung ein, die es dem Rest des Teams ermöglichte, sich stärker auf ihre Kernaufgabengebiete zu konzentrieren. Bei Constanze Berendts zählten dazu insbesondere die Unterstützung der Ehrenamtlichen, der Arbeits- und Regionalgruppen, die Erstellung des Newsletters, die Pflege der Website sowie die Organisation von Veranstaltungen. Bei Florence Duchêne-Lacroix sind dies die vorbereitende Buchführung, die Administration der Zahlungsströme des Vereins, die Mitgliederverwaltung sowie die Erstellung von Berichten zur Finanz- und Mitgliederentwicklung. Beide zeichneten für die Betreuung der Praktikanten und die Vorbereitung und Organisation von Einführungsseminaren verantwortlich. Die Erweiterung um eine weitere Stelle ermöglicht weiterhin, zum Beispiel bei Urlaubs- oder Ausfallzeiten, mehr Kontinuität und Nachhaltigkeit in der Arbeit von Transparency Deutschland.

Mit dem Jahresende trat Florence Duchêne-Lacroix in Mutterschutz und anschließende Elternzeit. Für ihren Aufgabenbereich und zur Einarbeitung wurde zum 19.11.2007 Jörg Mühlbach eingestellt.

Im Verlauf des Jahres wurde die Geschäftsstelle fortlaufend durch zwei Praktikanten unterstützt, die im Normalfall ein sechsmonatiges Vollzeitpraktikum absolvieren. Wesentliche Aufgabe ist die Erstellung des Pressespiegels, der zweimal in der Woche an Mitglieder und Förderer versandt wird und auf der Website eingestellt wird. Durch die Länge des Praktikums und die intensive Einbindung in die tägliche Arbeit gelingt es den Praktikanten, einen exzellenten Einblick in die Arbeit von Transparency Deutschland zu erlangen und wertvolle Erfahrungen für das spätere Berufsleben zu sammeln. Im Jahr 2007 waren Martin Löhe, Ivo Rzegotta, Saskia Themans, Franziska Telschow, Daniel Reichert, Natalie Hagemeyer und Maximilian Hösl als Praktikanten beschäftigt.

Die Geschäftsstelle unterstützen als Buchhalter Folkard Wohlgemuth, als Webmaster Oliver Weiß und als Netzwerkadministrator Alexander Pepper. Im März und April 2007 wurden eine vollständige Migration aller Kontaktdaten in die Access-Datenbank durch die Projektmitarbeit von Andrea Priebe abgeschlossen. Über das gesamte Jahr 2007 wurde die IT-Infrastruktur auf einen einheitlichen Stand gebracht und die Software aktualisiert.

Mit der Unterzeichnung der INGO-Accountability Charter hat sich Transparency verpflichtet, im Jahresbericht über die Umweltauswirkungen der Tätigkeit Bericht zu erstatten. Im Jahr 2007 wurde durch den Stromverbrauch sowie die Reisen der Geschäftsstelle ein CO₂-Ausstoß von rd. 10 t CO₂ verursacht (Basis: ifeu; Bayerisches LfU; UBA). Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Geschäftsstelle nutzen auf dem Weg zur Arbeit das Fahrrad oder öffentliche Verkehrsmittel.

6. Zeittafel

22.01.2007	Vorstandssitzung in Berlin
15.02.2007	Forum der korporativen Mitglieder in Nürnberg
21./22.04.2007	Treffen des Führungskreises in Eisenach
22.04.2007	Vorstandssitzung in Eisenach
11./12.05.2007	Einführungsseminar in Berlin
24.05.2007	Vorstellung des Global Corruption Report
31.05. - 02.06.2007	Regional Meeting „Europe and Central Asia“ in Aserbaidschan
02.07.2007	Vorstandssitzung in Frankfurt am Main
26.09.2007	Vorstellung des Corruption Perceptions Index in Berlin
20.10.2007	Vorstandssitzung in Berlin
20.10.2007	Mitgliederversammlung in Berlin
28.10.2007	Annual Membership Meeting in Indonesien
31.10.2007	Sitzung des Beirats in Berlin
09./10.11.2007	Einführungsseminar in Kronberg/Taunus
21.11.2007	Forum der korporativen Mitglieder in Walldorf
30.11.2007	Überreichung des Martini-Preises an Transparency in Landau
06.12.2007	Vorstellung des Global Corruption Barometer in Berlin
08.12.2007	Preisverleihung des BruttoSozialPreises in Berlin

7. Anhang

Vorstand (Stand 31.12.2007)

Sylvia Schenk (Vorsitzende)

Rechtsanwältin, Stadträtin a.D., Frankfurt am Main

Dr. Peter von Blomberg (Stellvertretender Vorsitzender)

ehem. Vorstandsmitglied der Allianz-Versicherungs AG, Köln

Dr. Hedda von Wedel (Stellvertretende Vorsitzende)

Staatssekretärin a. D., Präsidentin des Bundesrechnungshofes a. D., Mitglied des Europäischen Rechnungshofes a.D., Andernach

Jochen Bäumel

Journalist, Korrespondent der ARD a.D., Berlin

Werner Klinger

Diplom-Ingenieur der Fachrichtung Umweltplanung, Fischbachtal (Hessen)

Gabriele C. Klug

Beigeordnete, Leitende Ministerialrätin a. D., Wesel am Niederrhein

Prof. Dr. Dr. Jürgen W. Marten

Rechtsanwalt, Berlin

Dr. Anke Martiny

Senatorin a.D., Publizistin, Berlin

Karenina Schröder

Kunsthistorikerin/ MBA, Berlin

Dr. Angela Spelsberg

Ärztin und Epidemiologin, Tervuren (Belgien) und Remscheid

Caspar von Hauenschild

Berater von Unternehmen, München

Dr. Sebastian Wolf

Politikwissenschaftler, Konstanz

Ethikbeauftragter (Stand 31.12.2007)

Dr. Michael H. Wiehen

Ehem. Weltbankdirektor und Rechtsanwalt, München

Beirat (Stand 31.12.2007)

Prof. Dr. Hansjörg Elshorst (Beiratsvorsitzender)

Lehrbeauftragter und Honorarprofessor an der Universität Potsdam, ehem. Geschäftsführer Transparency International

Prof. Dr. phil. Ulrich von Alemann

Lehrstuhlinhaber für Politikwissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Prof. Dr. Elmar Altvater

emeritierter Professor für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin

Gerhart Rudolf Baum

Bundestagsabgeordneter a.D. (FDP), Bundesinnenminister a.D.

Marianne Birthler

Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bildungsministerin in Brandenburg a.D.

Dr. Konrad von Bonin

Vorstandsvorsitzender des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED)

Prof. Dr. Georg Cremer

Generalsekretär Deutscher Caritasverband e.V.

Freimut Duve

Beauftragter für Freiheit der Medien der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) a.D.

Prof. Dr. jur. Peter Eigen

Gründer und ehem. Vorsitzender von Transparency International, Vorsitzender des Beirats von Transparency International

Ralf Fücks

Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Dr. Thomas Leif

Journalist und Buchautor, Chefreporter Fernsehen des Südwestrundfunks, erster Vorsitzender des Netzwerk Recherche e.V.

Hans Leyendecker

Journalist und Buchautor

Margret Mönig-Raane

stellvertretende Vorsitzende des Verbandes der Angestellten-Krankenkassen (VdAK) e.V., stellvertretende Vorsitzende Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)

Prof. Dr. Edda Müller

Honorarprofessorin an der Verwaltungshochschule Speyer, ehem. Vorstand Verbraucherzentrale Bundesverband

Dr. Michaele Schreyer
Vizepräsidentin des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland, Kommissarin für Haushalt der Europäischen Union a.D.

Rupert Graf Strachwitz
Direktor des Maecenata-Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft

Dr. Ludolf-Georg von Wartenberg
Mitglied des Präsidiums des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), ehem. Geschäftsführer BDI

Themenführer/innen (Stand: 31.12.2007)

Jochen Bäumel
Berliner Verwaltung und Politik

Dr. Gabriele Bojunga
Gesundheitswesen

Dr. Max Dehmel
Internationale Konventionen

Marion Dzikowski
Politik

Dr. Peter Fries
Staatsanwaltschaften

Uwe Henrich
Entwicklungszusammenarbeit

Dieter Hüsgen
Transparenz in der Verwaltung - Informationsfreiheitsgesetz / Norddeutschland

Holger Jakob
Sport

Dr. Joachim Kaetzler
Geldwäsche

Werner Klinger
Kommunen

Thomas Maibaum
Zentralregister / Vergabewesen

Prof. Dr. Dr. Jürgen W. Marten
Medien

Dr. Heike Mayer
Transparenz in der Verwaltung - Informationsfreiheitsgesetz / Süddeutschland

Dr. Andreas Novak
Wirtschaft

Shirley van Buiren
Corporate Accountability / Monitoring OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen

Dr. Michael H. Wiehen
Integritätspakt

Folkard Wohlgemuth
NGO Accountability

Regionalgruppenleiter/innen (Stand: 31.12.2007)

Dr. Helmut Brocke
Regionalgruppe Rheinland

Jens Claussen
Regionalgruppe Thüringen/Sachsen/Sachsen-Anhalt

Prof. Dr. Rainer Dombois/Dr. Kirsten Schubert
Regionalgruppe Bremen

Martin Eggers
Regionalgruppe Berlin/Brandenburg

Hans R. Marx
Regionalgruppe Ruhrgebiet

Christian Schulz
Regionalgruppe Baden-Württemberg

Adelheid Tröscher
Regionalgruppe Frankfurt-Rhein-Main

Dennis Schwarz
Regionalgruppe Niedersachsen

Dr. Harald Schlüter
Regionalgruppe Ostwestfalen-Lippe

Korporative Mitglieder (Stand: 31.12.2007)

ABB AG, Mannheim

**akzente Kommunikation und Beratung GmbH,
München**

Allianz SE, München

BASF AG, Ludwigshafen

Berliner Volksbank eG, Berlin

Bundesagentur für Arbeit (BA), Nürnberg

Business Keeper AG, Potsdam

Control Risks Deutschland GmbH, Berlin

Daimler AG, Stuttgart

Deutsche Bahn AG, Berlin

Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG), Köln

Deutsche Lufthansa AG, Frankfurt/Main

Dr. Buchert Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Frankfurt/Main

Dr. Kleinfeld CEC GmbH & Co. KG, Hamburg

Fraport AG, Frankfurt/Main

GFA Consulting Group GmbH, Hamburg

GOPA mbH, Bad Homburg

GTECH GmbH, Frankfurt/Main

GTZ GmbH (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit), Eschborn

HOCHTIEF AG, Essen

KfW Bankengruppe (Kreditanstalt für Wiederaufbau), Frankfurt/Main

Ochsenfeld Rechtsanwälte, Hildesheim

Pfalzkrlinikum für Psychiatrie und Neurologie AdöR, Klingenmünster

PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt/Main

Robert Bosch GmbH, Stuttgart

SAP AG, Walldorf

Stadt Bonn

Stadt Halle (Saale)

Stadt Hilden

Stadtwerke Bonn GmbH, Bonn

Stiftung Evolutionsfond Apfelbaum, Köln

Vivico Real Estate GmbH, Frankfurt/Main

Wirtschaftsgilde e.V., Weinheim

Korporative Mitglieder auf Gegenseitigkeit (Stand 31.12.2007)

BGA (Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels), Bonn/Berlin

Deutsches Netzwerk Wirtschaftsethik EBEN Deutschland e.V. (DNWE), Zittau

European Healthcare Fraud and Corruption Network (EHFCN), Brüssel

Global Cooperation Council (Nord-Süd-Forum) e.V., Bonn

ICC Deutschland, Köln

Nord Süd Forum München e.V., München

Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn

Gewinn- und Verlustrechnung 01.01.2007 - 31.12.2007

	2007	Vorjahr
– Mitgliedsbeiträge Firmenmitglieder	82.513,00	74.773,00
– Mitgliedsbeiträge Einzelmitglieder	52.917,74	46.101,13
– Spenden Firmenmitglieder	4.050,00	3.357,59
– Spenden Einzelmitglieder	8.405,18	8.888,14
– Spenden Nichtmitglieder	25.334,48	14.811,17
– Förderbeiträge	7.894,00	3.850,00
1. Mitgliedsbeiträge und Spenden	181.114,40	151.781,03
Bußgelder	25.300,00	36.000,00
Veranstaltungen	3.700,00	2.676,90
Honorare	499,19	200,00
2. Honorare, Bußgelder und Veranstaltungen	29.499,19	38.876,90
3. Sonstige betriebliche Erträge	3.845,31	11.513,13
Summe Erträge	214.458,90	202.171,06
AUFWAND		
– Löhne und Gehälter	121.374,19	95.685,25
– Soziale Abgaben	27.029,47	22.420,28
4. Personalaufwand	148.403,66	118.105,53
5. Abschreibungen	2.528,00	2.275,25
– Reisekosten	22.368,15	18.318,99
– Veranstaltungskosten	16.515,79	14.957,15
– Bürobedarf, Kommunikation und Literatur	15.518,86	15.989,80
– Raumkosten	11.764,64	9.978,49
– Buchführungs-, Abschluss- und Prüfungskosten	10.335,67	9.733,18
– Werbe- und Repräsentationskosten, Bewirtungskosten	1.628,21	1.987,50
– Rechts- und Beratungskosten	5.899,13	21.813,32
– Honorare	1.232,09	3.313,75
– Wartung EDV	849,02	2.225,99
– Beiträge und Versicherungen	724,84	953,11
– Gezahlte Spenden	0,00	200,00
– Sonstige	36,00	0,00
6. Sonstiger betrieblicher Aufwand	86.872,40	99.471,28
Summe Aufwand	237.804,06	219.852,06
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.500,98	1.668,64
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	780,58	370,87
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-20.624,76	-16.383,23
10. außerordentliche Erträge	13.500,00	2.694,81
11. Jahresergebnis	-7.124,76	-13.688,42
12. Gewinnvortrag	45.238,29	0,00
13. Entnahmen aus den Rücklagen	50.000,00	128.258,52
14. Einstellung in die Rücklagen	82.007,57	69.331,81
15. Bilanzergebnis	6.105,96	45.238,29

Bilanz**01.01.2007 - 31.12.2007**

Aktivseite	2007 EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.105,96	8.633,96
II. Finanzanlagen		
Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	39.716,00
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Mitgliedsbeiträgen	1.070,00	0,00
2. sonstige Vermögensgegenstände	3.085,31	4.105,38
	4.155,31	4.105,38
II. Wertpapiere		
Sonstige Wertpapiere	69.398,00	0,00
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	74.833,39	145.925,36
Summe Aktiva	154.492,66	198.380,70

Passivseite	2007 EUR	Vorjahr EUR
A. Eigenkapital		
I. Rücklagen		
1. Betriebsmittelrücklage	60.199,14	50.000,00
2. freie Rücklage nach § 58 Nr. 7a AO	75.068,04	53.259,61
	135.267,18	103.259,61
II. Bilanzgewinn	6.105,96	45.238,29
B. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	9.993,02	35.565,04
C. Verbindlichkeiten		
Sonstige Verbindlichkeiten	3.126,50	14.317,76
davon aus Steuern:	74,34	1.052,48
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit:	0,00	2.012,85
Summe Passiva	154.492,66	198.380,70

Namen der Personen, Organisationen oder Unternehmen, die Transparency International Deutschland e.V. im Jahr 2007 insgesamt mindestens 1.000 Euro im Rahmen von Geldspenden, Sachspenden, Mitgliedsbeiträgen und Projektbeiträgen zugewendet haben. Für ihre Unterstützung sei gedankt:

Einzelpersonen

EUR

Georg Fischer	1.080,00	(Spende und Mitgliedsbeitrag)
Winfried Gausselmann	1.080,00	(Spende und Mitgliedsbeitrag)
Gabriele Geier	3.369,27	(Spende)
Axel Tampe	1.000,00	(Spende und Mitgliedsbeitrag)
Folkard Wohlgemuth	2.060,00	(Spende und Mitgliedsbeitrag)

Unternehmen, Organisationen, Kommunen

EUR

ABB AG	5.000,00	(Mitgliedsbeitrag)
Allianz SE	5.000,00	(Mitgliedsbeitrag)
BASF AG	5.000,00	(Mitgliedsbeitrag)
Berliner Volksbank	1.000,00	(Mitgliedsbeitrag)
Bundesagentur für Arbeit (BA)	4.500,00	(Mitgliedsbeitrag)
Business Keeper AG	1.000,00	(Mitgliedsbeitrag)
CMS Hasche Sigle	3.000,00	(Spende)
Control Risks Deutschland GmbH	1.000,00	(Mitgliedsbeitrag)
Daimler AG	2.500,00	(Mitgliedsbeitrag)
Deutsche Bahn AG	5.113,00	(Mitgliedsbeitrag)
Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG)	1.000,00	(Mitgliedsbeitrag)
Deutsche Lufthansa AG	5.000,00	(Mitgliedsbeitrag)
Dr. Kleinfeld CEC GmbH & Co. KG	1.000,00	(Mitgliedsbeitrag)
Euroforum Deutschland GmbH	1.000,00	(Spende)
Fraport AG	5.000,00	(Mitgliedsbeitrag)
GFA Consulting Group GmbH	1.000,00	(Mitgliedsbeitrag)
GOPA mbH	1.000,00	(Mitgliedsbeitrag)
GTech GmbH	1.000,00	(Mitgliedsbeitrag)
GTZ GmbH	2.800,00	(Spende und Mitgliedsbeitrag)
HOCHTIEF AG	5.000,00	(Mitgliedsbeitrag)
KfW Bankengruppe	2.750,00	(Spende und Mitgliedsbeitrag)
Münchener Rückversicherungsgesellschaft	2.000,00	(Spende)
Pfalzkrankenhaus AdÖR	2.500,00	(Mitgliedsbeitrag)
PricewaterhouseCoopers AG		
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	5.500,00	(Spende und Mitgliedsbeitrag)
Robert Bosch GmbH	5.000,00	(Mitgliedsbeitrag)
SAP AG	10.000,00	(Mitgliedsbeitrag 2006/2007)
Stadt Bonn	1.000,00	(Mitgliedsbeitrag)
Stadt Halle	1.000,00	(Mitgliedsbeitrag)
Stadt Hilden	1.000,00	(Mitgliedsbeitrag)
Stadtwerke Bonn GmbH	1.500,00	(Mitgliedsbeitrag)
Vivico Real Estate GmbH	1.000,00	(Mitgliedsbeitrag)

MACHT DER KORRUPTION EIN ENDE

Wir brauchen Ihre Unterstützung!

Eine Vielzahl engagierter Mitglieder bildet seit fast 15 Jahren das Herz von Transparency Deutschland. In themenbezogenen Arbeitsgruppen setzen sie sich ein für Korruptionsprävention in der Wirtschaft, der öffentlichen Verwaltung, in der Politik, im Gesundheitswesen und vielen anderen Bereichen. In Regionalgruppen machen sie sich für Transparenz vor Ort stark. Vorträge, öffentliche Diskussionen, Stellungnahmen, Publikationen oder die Entwicklung wirksamer Instrumente sind ein wichtiger Teil unserer Arbeit.

Um weiterhin so erfolgreich arbeiten zu können, ist Transparency Deutschland auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Unabhängigkeit macht uns stark. Stärken auch Sie die Koalition gegen Korruption durch Ihre einmalige Spende oder durch Ihren regelmäßigen Beitrag als Förderer.

Besuchen Sie unsere Internetseite www.transparency.de, um regelmäßiger Förderer zu werden!

Oder überweisen Sie Ihre Spende auf unser Konto!

Spendenkonto

Transparency International Deutschland e.V.
HypoVereinsbank Berlin (BLZ 100 208 90)
Kto. Nr. 56 11 679





Transparency International Deutschland e.V.
Geschäftsstelle
Alte Schönhauser Straße 44
10119 Berlin
Tel: 030-549898-0
Fax: 030-549898-22
office@transparency.de
www.transparency.de